

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1983

Die Lage der Weltwirtschaft	239
Die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik Deutschland	245

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 18-19 / 83

Berlin

5. Mai 1983

50. Jahrgang



Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1983

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Essen:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
(Institut für Konjunkturforschung)

HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg

Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut
für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in Kiel am 29. April 1983

Die Lage der Weltwirtschaft

Überblick

Früher als erwartet hat zu Beginn dieses Jahres in wichtigen westlichen Industrieländern eine konjunkturelle Belebung eingesetzt. Nachdem Nachfrage und Produktion über nahezu drei Jahre hinweg, wenn auch mit Unterbrechungen, gesunken waren, stiegen sie namentlich in den USA, in der Bundesrepublik Deutschland und in Großbritannien wieder an. Auch in anderen Volkswirtschaften begann sich das Konjunkturklima zu bessern; eine gewichtige Ausnahme davon bildet Frankreich.

Die Belebung geht insbesondere auf die expansive Geldpolitik zurück, zu der man sich im Sommer 1982 in den USA und in ihrem Gefolge auch in anderen Ländern entschloß. Dies geschah nicht nur unter dem Druck der anhaltenden Konjunkturschwäche, weiter steigender Arbeitslosigkeit und akuter Liquiditätsprobleme im Bankensystem, sondern auch, weil die führenden Zentralbanken bei der spürbar verlangsamten Inflation Raum für eine Verstärkung der monetären Expansion sahen. Zur Klimabesserung trug auch bei, daß eine weitere Zuspitzung der Verschuldungskrisen in den Entwicklungsländern durch internationale Ko-

**Reales Bruttosozialprodukt und Verbraucherpreise
in den wichtigsten Industrieländern**

Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr¹

Land	Gewicht in vH	Sozial- produkt		Ver- braucher- preise	
		1982	1983	1982	1983
Bundesrepublik					
Deutschland	9,8	-1,1	0,5	5,3	3
Frankreich	8,1	1,6	0	11,6	9,5
Vereinigtes Königreich	7,1	1,1	2	8,6	5
Italien	5,0	-0,3	0	16,6	15
Niederlande	2,0	-1,5	0	6,0	3,5
Schweden	1,6	-0,5	0,5	8,6	10
Belgien	1,4	-1,0	0	8,7	7,5
Schweiz	1,3	-1,3	0	5,6	3,5
Österreich	0,9	1,1	1	5,4	3,5
Dänemark	0,8	1,5	0,5	10,1	7,5
Norwegen	0,8	0,5	0,5	11,2	9
Westeuropa ²	38,8	0	0,5	9,2	7
USA	41,1	-1,7	2	6,1	3,5
Japan	16,1	3,0	3	2,7	2
Kanada	4,0	-4,8	1,5	10,8	7
Insgesamt ²	100,0	-0,5	1,5	6,9	5
nachrichtlich: Insgesamt ³		0	0,5	9,1	7

¹ Für 1983 auf halbe Prozent gerundet.

² Nur die aufgeführten Länder; Gewichtung gemäß Bruttosozialprodukt von 1981.

³ Gewichtung nach Anteilen an der deutschen Ausfuhr 1981.

operation verhindert werden konnte und überdies die Ölpreise nachzugeben begannen.

Mit den Fortschritten bei der Eindämmung der Inflation hat zwar ein wesentliches Hindernis für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum an Bedeutung verloren. Doch gibt es weiterhin erhebliche Belastungen. Darauf deuten vor allem die in den USA und — davon ausstrahlend — auch in anderen Ländern noch relativ hohen Zinsen hin; sie zeugen von zumeist noch hohen Inflationserwartungen, die wiederum insbesondere von der Skepsis gegenüber den Bemühungen um eine Konsolidierung der Staatsfinanzen genährt werden, aber auch vom Risiko hoher Kreditausfälle. Zudem ist die Erholung der Unternehmenserträge, die für eine nachhaltige Belebung der Investitionsneigung erforderlich erscheint, bisher kaum vorangekommen.

Eine weitere Belastung sind die vielfältigen Bestrebungen, den internationalen Handel zu beschränken. So ist zu befürchten, daß z.B. von der Europäischen Gemeinschaft Freihandelsnormen intern und im Handel mit außereuropäischen Ländern weiter außer Kraft gesetzt werden. Handelsbeschränkungen führen dazu, überholte Strukturen zu konservieren und In-

vestitionen, mit denen die allgemeine Wachstumschwäche überwunden werden könnte, zu behindern. Die sich anbahnende konjunkturelle Besserung läßt allerdings hoffen, daß die protektionistischen Bestrebungen nachlassen. Auch die jüngste Wechselkursanpassung im Europäischen Währungssystem (EWS) trägt dazu bei, innereuropäische Handelskonflikte zu entschärfen. Solange sich Preise und Kosten aber so unterschiedlich entwickeln, wie beispielsweise in Italien und Frankreich auf der einen Seite und in der Bundesrepublik und in den Niederlanden auf der anderen Seite, sind auch weiterhin Paritätsänderungen im EWS in relativ kurzen Zeitabständen unabweisbar, sollen neue Verzerrungen in den Wettbewerbsrelationen vermieden werden.

Die Aufgabe der Notenbanken, die monetäre Expansion so zu dosieren, daß einerseits das Vertrauen in eine dauerhafte Inflationseindämmung gestärkt und andererseits Raum für einen Nachfrageanstieg gelassen wird, der eine allmähliche Erhöhung von Kapazitätsauslastung und Beschäftigung fördert, ist um so schwieriger geworden, als die Geldmenge in vielen Ländern zuletzt überraschend stark expandierte. Würden die Zentralbanken die Geldmenge in unverändertem Tempo ausweiten, so könnte dies zwar der Nachfrage zunächst noch weiteren Schwung geben und die Produktion anregen. Es wäre aber zu befürchten, daß Löhne und Preise bei den ohnehin noch verbreiteten Inflationserwartungen bereits im nächsten Jahr wieder stark beschleunigt stiegen. Würden indes die Zentralbanken die monetäre Expansion abrupt bremsen, könnte die konjunkturelle Erholung schon bald wieder abbrechen.

Um derartige Fehlentwicklungen zu vermeiden, werden die Zentralbanken vermutlich versuchen, die Ausweitung der Geldmenge im weiteren Verlauf des Jahres schrittweise zu verlangsamen; hierauf lassen entsprechende Verlautbarungen aus jüngster Zeit schließen. Dies steht einem weiteren Zinsrückgang nicht entgegen: Bei einer moderaten Geldmengenausweitung wird wohl nach und nach die Skepsis abnehmen, die Geldpolitik werde die hohen öffentlichen Defizite letztlich doch inflationsträchtig finanzieren; die Inflationserwartungen dürften folglich sinken. Auch bestehen Chancen, daß sich die internationalen Verschuldungsprobleme entschärfen und im Zins nicht mehr ganz so hohe Risikoaufschläge gefordert werden.

Von der Finanzpolitik werden in den meisten Industrieländern, abgesehen von einzelnen steuerlichen Maßnahmen zur Anregung der privaten Investitionen, kaum Nachfragempulse ausgehen. Die Regierungen sind vielmehr überwiegend bemüht, die öffentlichen Defizite nicht weiter anschwellen zu lassen, um die Finanzmärkte zu entlasten und den Zinsrückgang zu begünstigen. Lediglich in den USA ist die Finanzpolitik,

auch wenn ursprüngliche Planungen teilweise zurückgenommen wurden, expansiv angelegt; ihre Wirksamkeit wird freilich durch die noch immer hohen Zinsen entscheidend beeinträchtigt. In Frankreich wurden, nach einer Phase ständiger Abstriche von der Expansionspolitik, nunmehr Maßnahmen beschlossen, deren Realisierung einen Rückgang der Inlandsnachfrage im Jahre 1983 erwarten ließe.

Die Ausfuhr der Industrieländer in andere Regionen der Weltwirtschaft wird zunächst noch sinken. Allerdings dürfte der Rückgang im Laufe des Jahres zum Stillstand kommen. Die außenwirtschaftliche Situation vor allem in den erdölimportierenden Entwicklungsländern wird sich bessern, zumal die Konsolidierung dadurch unterstützt wird, daß Absatz und Preise der exportierten Rohstoffe steigen und der Ölpreis gesunken ist.

Alles in allem sind Chancen für eine weitere Zunahme der Nachfrage in den Industrieländern gegeben. Mit dem Nachlassen der Lagereffekte wird sich das Tempo der konjunkturellen Aufwärtsbewegung voraussichtlich wieder verringern, zumal beachtliche interne und externe Hemmnisse fortbestehen. So erschweren die hohen und nur zögernd nachgebenden Realzinsen, aber auch die protektionistischen Tendenzen eine Erholung der Investitionsneigung. Der private Konsum wird zwar dadurch gestützt, daß die Verbilligung der Mineralölprodukte die Kaufkraft der verfügbaren Einkommen erhöht und sich der Beschäftigungsrückgang abschwächt; andererseits aber gehen die verstärkten finanzpolitischen Konsolidierungsbemühungen vor allem zu Lasten der privaten Haushalte. Lediglich im Wohnungsbau, der nicht nur durch den Zinsrückgang angeregt, sondern in einigen Ländern auch durch staatliche Maßnahmen gefördert wird, dürfte die Belebung anhalten.

Insgesamt wird die Produktion steigen, besonders in den Ländern, in denen Anpassungs- und Stabilisierungsfortschritte günstige Bedingungen geschaffen haben. Das Tempo wird allerdings mäßig bleiben. Das zusammengefaßte Bruttosozialprodukt der Industrieländer wird im Jahre 1983 um schätzungsweise 1 1/2 vH höher sein als im Vorjahr. Der Rückgang der Beschäftigung dürfte sich allmählich verlangsamen und zum Stillstand kommen, aber die Arbeitslosigkeit wird in den meisten Ländern aufgrund der demographischen Entwicklung immer noch steigen, wenn auch abgeschwächt. Der Kosten- und Preisauftrieb, der sich in den letzten Monaten insbesondere unter dem Einfluß der Verbilligung von Mineralölprodukten zumeist erheblich verringert hat, wird sich voraussichtlich wieder etwas verstärken.

Belebung in den USA

In den letzten Monaten setzte in den USA eine konjunkturelle Erholung ein, nachdem noch bis Ende des vergangenen Jahres die rezessiven Kräfte überwogen hatten. Die Arbeitslosenquote, die anderthalb Jahre gestiegen war, ist etwas zurückgegangen; sie liegt jedoch immer noch bei 10 vH. Die Zunahme des Bruttosozialprodukts zu Beginn dieses Jahres spiegelt vor allem eine Verlangsamung des Lagerabbaus wider. Zudem verstärkte sich aufgrund des Zinsrückgangs die Erholung im privaten Wohnungsbau.

Obwohl die verfügbaren Einkommen seit Mitte 1982 — bedingt durch den Rückgang der Beschäftigung und die Abflachung des Lohnanstiegs — nur geringfügig zugenommen haben, ist der private Verbrauch merklich gestiegen. Diese Belebung ist vor allem auf die Verbilligung der Verbraucherkredite sowie auf Sonderkonditionen zur Steigerung des Autoabsatzes zurückzuführen. Die gewerblichen Anlageinvestitionen sind demgegenüber das ganze vergangene Jahr hindurch zurückgegangen. Die kräftige Abnahme der Gewinne, die immer noch hohen Realzinsen und die wiederholte Enttäuschung der Absatzerwartungen dämpften die Investitionsbereitschaft. Befragungen in den letzten Monaten deuten jedoch darauf hin, daß der Rückgang der Unternehmensinvestitionen allmählich zu Ende geht.

Wegen der starken Aufwertung des Dollar im Verlauf des letzten Jahres nahm die Wettbewerbsfähigkeit amerikanischer Unternehmen trotz der günstigen Kostenentwicklung im Vergleich zu ausländischen Konkurrenten weiter ab. Auch deshalb ging die Ausfuhr im zweiten Halbjahr 1982 nochmals spürbar zurück und blieb die Einfuhr trotz sinkender Gesamtnachfrage auf hohem Niveau; das Handelsbilanzdefizit war nahezu doppelt so hoch wie im ersten Halbjahr, und auch die Leistungsbilanz wies nun einen Fehlbetrag auf.

Im Zuge der langanhaltenden Rezession ließ die Inflation deutlich nach. Die Verbraucherpreise sind seit dem Herbst sogar stabil; im Vorjahresvergleich betrug die Teuerungsrate zuletzt nur noch rund 3,5 vH. Allerdings unterzeichnet die laufende Preisentwicklung in jüngster Zeit vor allem aufgrund des kräftigen Rückgangs der Benzin- und Heizölpreise den zugrunde liegenden Preistrend.

In den letzten Monaten sind die Renditen auf den Finanzmärkten insbesondere im langfristigen Bereich kaum weiter gefallen. Die immer noch hohen Realzinsen dürften einer kräftigeren Konjunkturerholung in nächster Zeit im Wege stehen, reflektieren sie doch nicht günstigere mittelfristige Ertragserwartungen, sondern die fortbestehende Unsicherheit über die zukünftige Geld- und Finanzpolitik.

Die Notenbank hat seit dem Sommer 1982 eine überaus kräftige Expansion der Geldmenge zugelassen. Damit reagierte sie auch auf die zunehmenden Liquiditätsprobleme amerikanischer Banken im Zusammenhang mit der internationalen Finanzkrise. Zwar hat sich die Expansion der Geldmenge zuletzt etwas verlangsamt, die für dieses Jahr angestrebten Geldmengenziele werden aber wohl deutlich überschritten. Der Finanzpolitik ist es bisher nicht gelungen, den Ausgabenanstieg nachhaltig zu bremsen. Der Staatsanteil wird in diesem Jahr weiter zunehmen, das Defizit — nicht zuletzt wegen der für Juli bevorstehenden Steuersenkungen — auf rd. 200 Mrd. US-Dollar (6 vH des Bruttosozialprodukts) steigen.

Die konjunkturelle Aufwärtsbewegung dürfte bei alledem moderat bleiben. Das Bruttosozialprodukt wird im Jahre 1983 um etwa 2 vH über dem Vorjahrsniveau liegen. Gestützt wird die Erholung von einer Zunahme des privaten Verbrauchs und einem weiteren, wenn auch sich abflachenden Anstieg der Wohnungsbauinvestitionen. Der Rückgang der Unternehmensinvestitionen wird auslaufen; für den späteren Jahresverlauf ist mit einer leichten Zunahme zu rechnen. Bei dieser gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wird die Beschäftigung etwas steigen, die Arbeitslosigkeit wird indes hoch bleiben. Die Importe dürften nicht zuletzt wegen der hohen Bewertung des Dollar kräftig zunehmen, so daß sich das Leistungsbilanzdefizit im Jahresverlauf noch etwas vergrößern wird. Die Verbraucherpreise werden nach dem Fortfall der Sonderinflüsse wieder steigen, im Jahresdurchschnitt dürfte die Rate aber mit 3,5 vH deutlich niedriger sein als 1982.

Verhaltener Produktionsanstieg in Japan

In Japan stieg das Bruttosozialprodukt auch im vergangenen Jahr noch um 3 vH. Indes kam die Aufwärtstendenz im Winterhalbjahr ins Stocken, insbesondere weil die Unternehmen versuchten, ihre Lagerbestände abzubauen. Schwach blieben auch die Exporte und die Investitionen. Demgegenüber expandierten der private Verbrauch und der Wohnungsbau recht kräftig.

Von den Anfang April verkündeten Maßnahmen zur Konjunkturstützung sind keine großen Wirkungen zu erwarten. Sie sehen lediglich ein Vorziehen von Ausgaben für öffentliche Bauvorhaben in die erste Hälfte des Haushaltsjahres vor. Trotz schwacher Gesamtnachfrage ließ die Notenbank die Geldmenge bislang nur mäßig steigen. Dabei spielte vor allem die Rücksichtnahme auf den Wechselkurs eine Rolle, weil bei einer Abwertung neue Handelskonflikte mit den anderen Industrieländern befürchtet wurden.

Auch im weiteren Jahresverlauf wird der private Verbrauch zunehmen, wenn auch langsamer als im

letzten Jahr; damals wurden die realen Einkommen durch die rasche Beruhigung des Preisauftriebs begünstigt. Auch ist in Rechnung zu stellen, daß die Lohnerhöhungen 1983 eher geringer ausfallen und die Sparquote bereits ein recht niedriges Niveau erreicht hat. Die privaten Investitionen werden vermutlich nicht, wie es die Unternehmen vor der Senkung der Ölpreise allgemein geplant hatten, vermindert werden. Im Jahresverlauf dürften auch von der Auslandsnachfrage Impulse ausgehen, obwohl die Exporte japanischer Unternehmen von vielfältigen Beschränkungen betroffen sind. Das Bruttosozialprodukt wird voraussichtlich im Jahre 1983 wieder um etwa 3 vH höher sein als im Vorjahr. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird bei schwacher Zunahme der Gesamtnachfrage gering bleiben; im Jahresdurchschnitt dürfte er etwa 2 vH betragen, nach 2,7 vH im Vorjahr.

Allmähliche Konjunkturbesserung in Westeuropa

In Westeuropa sind Nachfrage und Produktion im Winterhalbjahr nicht mehr gesunken; die bereits sehr hohe Arbeitslosigkeit ist indes weiter kräftig gestiegen. Die Besserung des Konjunkturklimas wurde durch die deutliche Inflationsberuhigung, insbesondere durch den Rückgang der Ölpreise begünstigt. Ausschlaggebend für den Tendenzwandel war aber, daß im Gefolge der expansiven Geldpolitik in den USA auch die Notenbanken in Europa das Geldangebot seit Mitte vergangenen Jahres deutlich ausweiteten und die Zinsen sanken.

Die Investitionstätigkeit der Unternehmen ging noch weiter zurück; rege blieben lediglich die Investitionen zur verstärkten Anwendung der Mikroelektronik und zur Energieeinsparung. Die Investitionsneigung dürfte aber auch in anderen Bereichen zuletzt gestützt worden sein, sind doch die Absatzerwartungen etwas günstiger geworden. Die Wohnbautätigkeit hat sich in einigen Ländern belebt. Hier kumulierten sich die Wirkungen staatlicher Programme zur Förderung des Wohnungsbaus und die Wirkungen der deutlich gesunkenen Finanzierungskosten. Weiterhin gekürzt wurden dagegen die staatlichen Investitionsausgaben, da die Bemühungen um Konsolidierung der öffentlichen Haushalte fort dauern.

Der private Verbrauch ist insgesamt wohl kaum noch gesunken. Zwar ist er in einigen kleineren Ländern, wie Belgien und den Niederlanden, weiter zurückgegangen, doch waren in der Bundesrepublik, in Österreich und in der Schweiz zuletzt Belebungs-tendenzen zu beobachten, und in Großbritannien hat sich der Anstieg fortgesetzt. Die verfügbaren Einkommen expandierten zwar zumeist schwächer, vor allem bedingt durch die Erhöhung von Steuern und Abgaben sowie durch Abstriche bei den Sozialleistungen. Entlastend wirkte jedoch, daß der Preisauftrieb deutlich

nachließ. Die Sparquote zeigte vielfach eine rückläufige Tendenz. Dabei spielte eine Rolle, daß die — zuvor überaus hohen — Zinsen sanken, so daß das Sparen weniger attraktiv wurde und die Konsumentenverschuldung angeregt wurde. Dies erleichterte es, aufgeschobene Käufe nachzuholen. So kam es im Bereich der langlebigen Konsumgüter, deren Absatz besonders stark geschrumpft war, zu einer leichten Erholung der Nachfrage, vor allem bei Automobilen.

Die Ausfuhren der westeuropäischen Länder nahmen im späteren Verlauf des vergangenen Jahres kaum noch ab. Das gilt auch für die Exporte in die OPEC-Staaten. In die Entwicklungs- und Staatshandelsländer wurde vermutlich weniger ausgeführt, weil deren prekäre Zahlungsbilanzsituation und hohe Auslandsschulden einen außenwirtschaftlichen Konsolidierungskurs erzwangen. Bei verringerten Einfuhren der europäischen Länder sowie verbesserten Terms of Trade als Folge des Ölpreyrückgangs kam es überwiegend zu einer Aktivierungstendenz der Leistungsbilanzen. Ausnahmen bildeten Frankreich und Dänemark, wo die im zweiten Halbjahr 1982 ergriffenen nachfragedämpfenden Maßnahmen noch keine Wirkung zeigten. Gleiches trifft für Schweden zu, wo die offensive Abwertung im Oktober 1982 aufgrund der zunächst überwiegenden Preiswirkungen eine deutliche Ausweitung des Defizits bewirkte.

Die Arbeitslosigkeit hat in den meisten westeuropäischen Ländern weiter zugenommen, doch hat sich der Anstieg verlangsamt. Dies ist wohl auch darauf zurückzuführen, daß die Unternehmen angesichts sich wieder verbessernder Absatzerwartungen größere Zurückhaltung bei der Reduzierung des Personals übten, und daß in einigen Ländern arbeitsmarktpolitische Maßnahmen verstärkt wurden; ein Teil der Erwerbslosen gab aber auch die Suche nach einem Arbeitsplatz entmutigt auf.

Der Preisauftrieb hat sich seit dem vergangenen Sommer in den meisten europäischen Ländern spürbar abgeschwächt. Damit zeigte die Politik der Inflationsbekämpfung, die über nahezu drei Jahre verfolgt wurde, deutliche Wirkungen. Bei der überaus hohen Arbeitslosigkeit blieb der Anstieg der Löhne in einigen Ländern hinter dem Preisauftrieb zurück. Im Rahmen einkommenspolitischer Maßnahmen wurden sowohl Lohnleitlinien festgelegt als auch Indexbindungen der Löhne in Frankreich, Italien, Belgien und Dänemark gelockert, so daß der Preisanstieg nur noch in geringerem Maße zu automatischen Lohnerhöhungen führte.

Angesichts der Stabilisierungsfortschritte, der hohen Arbeitslosigkeit sowie der gravierenden Verschuldungsprobleme verließ die Geldpolitik Mitte 1982 den strikten Kurs der Inflationsbekämpfung. Die Finanzpolitik setzte dagegen in den meisten Ländern wegen

der anhaltend hohen Defizite ihren Konsolidierungskurs fort. Verschiedentlich wurden dabei Ausgabenansätze nachträglich gekürzt und Abgaben erhöht, weil die Defizite unerwartet stark zugenommen hatten. Eine mögliche konjunkturbedingte Erhöhung der Einnahmen dürfte kaum zu einer Erhöhung der Ausgaben führen, sondern zur Konsolidierung genutzt werden.

Die Geldpolitik wird ihre Zielvorgaben nicht gänzlich außer acht lassen und deshalb das Tempo der Liquiditätsausweitung allmählich verringern. Durch den Rückgang der Ölpreise werden die internen Auftriebskräfte gestärkt. Die Kostenentlastung wird dazu beitragen, die Gewinnsituation der Unternehmen zu verbessern, und so zusammen mit den günstigeren Absatzerwartungen die Investitionsneigung anregen.

Unter diesen Umständen wird sich die konjunkturelle Belebung im Laufe des Jahres langsam fortsetzen, wobei die Situation in den meisten Ländern labil bleiben dürfte. Im Jahresdurchschnitt wird das reale Sozialprodukt in Westeuropa voraussichtlich nur wenig höher sein als im Vorjahr. Dabei nimmt die Arbeitslosigkeit noch zu, allerdings nicht mehr so stark wie bisher. Der Preisauftrieb wird im Jahresverlauf kaum noch weiter zurückgehen; im Jahresdurchschnitt wird der Anstieg der Verbraucherpreise auf etwa 7 vH fallen, nachdem er im Vorjahr bei 9 vH lag.

Nur geringer Anstieg des Welthandels

Der Rückgang des Welthandelsvolumens hatte sich nach der Jahresmitte 1982 verstärkt; im Jahresdurchschnitt dürfte er annähernd 2 vH betragen haben. Die Abnahme spiegelt einmal die konjunkturell bedingte Verringerung der Einfuhren seitens der Industrieländer wider. Zum anderen sanken die Importe der Erdölländer, und auch die übrigen Entwicklungsländer und die meisten Staatshandelsländer schränkten die Einfuhr wegen sich verschärfender Zahlungsbilanzprobleme ein. In den ersten Monaten dieses Jahres dürfte das Welthandelsvolumen trotz konjunktureller Besserungstendenzen in den Industrieländern noch nicht gestiegen sein, da der Handel mit Erdöl schrumpfte. Offensichtlich hat die Erwartung eines weiteren Rückgangs der Ölpreise dazu geführt, daß Vorräte in den Importländern verringert wurden.

Anregungen für die Entwicklung des Welthandels sind im weiteren Jahresverlauf allein von den Industrieländern zu erwarten. So werden — zunächst durch expansive Lagerdispositionen begünstigt — sowohl die Importe Nordamerikas als auch diejenigen Westeuropas merklich zunehmen. Dagegen dürfte die Einfuhr der Erdölländer infolge der stark gesunkenen Exporterlöse vorerst weiter eingeschränkt werden. In den übrigen Entwicklungsländern und in den Staats-

handelsländern werden die Bemühungen um außenwirtschaftliche Konsolidierung auch 1983 die Importneigung dämpfen. Insgesamt wird der Welthandel im Laufe des Jahres wieder expandieren, doch dürfte er im Durchschnitt wegen des niedrigen Standes zu Beginn des Jahres wohl nur wenig höher als 1982 sein.

Tendenzumkehr auf den Rohstoffmärkten

Auf den Weltmärkten für Industrierohstoffe ist die Baisse nach nahezu drei Jahren zu Ende gegangen. In den ersten Monaten dieses Jahres haben sich die Preise der wichtigsten Industrierohstoffe merklich erhöht. Mit der Produktionsbelebung in den USA und der Überwindung des konjunkturellen Tiefs in einigen westeuropäischen Industrieländern nimmt der Verbrauch von Industrierohstoffen wieder zu. Die Verarbeiter bauen angesichts des verbesserten Konjunkturklimas ihre Rohstoffvorräte offenbar nicht mehr ab; teilweise haben sie schon mit einer Aufstockung begonnen. Im Verlauf dieses Jahres wird sich die Rohstoffnachfrage weiter erhöhen. Aber auch das Angebot wird zunehmen. Bei steigenden Preisen dürften nämlich die Erzeuger bestrebt sein, die Kapazitäten möglichst bald wieder stärker zu nutzen. Auch ist mit einem Abbau von Exportbeschränkungen und der Auflösung von nationalen und internationalen Ausgleichslagern zu rechnen, die während der Baisse gebildet wurden. Im weiteren Verlauf dieses Jahres dürften die Preise für Industrierohstoffe deshalb nicht mehr so stark steigen wie zu Jahresbeginn.

Die Ölpreise sind infolge der weiterhin rückläufigen Nachfrage erheblich gesunken. Die OPEC-Länder haben Mitte März den Referenzpreis für „Arabian light“ um 5 US-\$ auf 29 US-\$ pro Barrel herabgesetzt und die Preise der übrigen Rohöle entsprechend gesenkt. Die Ölnachfrage ging seit dem Herbst beschleunigt zu-

rück, weil bei abwärtsgerichteter Preistendenz Händler, Verarbeiter und Verbraucher die Vorräte verringerten. Die im März festgesetzte globale OPEC-Förderquote von 17,5 Mill. Barrel pro Tag liegt noch merklich über den gegenwärtigen Absatzmöglichkeiten. Es ist aber damit zu rechnen, daß die Ölnachfrage im späteren Verlauf dieses Jahres deutlich steigt, weil der Vorratsabbau voraussichtlich aufhören und sich der Ölbedarf konjunkturell und saisonal beleben wird. Dies dürfte es den Ölexportländern ermöglichen, gegenwärtig gewährte Abschläge von den Listenpreisen zurückzunehmen.

Auf den Weltmärkten für Nahrungs- und Genußmittel hat sich das Preisniveau seit dem vergangenen September deutlich erhöht. Teurer wurden vor allem Mais, Weizen und Sojabohnen. Dazu hat in letzter Zeit insbesondere die Absicht der amerikanischen Regierung beigetragen, durch ein erweitertes Brachlandprogramm die Anbauflächen für diese Produkte stark zu reduzieren und so für eine wesentliche Verringerung der Ernten in der Saison 1983/84 zu sorgen. Die Preise dürften sich deshalb weiter erhöhen. Für Kakao zeichnet sich ein Produktionsdefizit ab. Dies dürfte die Bestrebungen der Internationalen Kakao-Organisation fördern, einen weiteren Preisanstieg durchzusetzen. Bei Zucker ist mit einer unveränderten Produktion zu rechnen, so daß angesichts der hohen Bestände der Preisdruck anhalten dürfte. Die Welt-Kaffee-Ernte wird 1983/84 wieder kräftig zunehmen, nachdem die Frostschäden in den brasilianischen Anbaugebieten überwunden sind. Die Notierungen werden deshalb trotz der Exportbeschränkung im Rahmen des Internationalen Kaffeeabkommens unter Druck geraten. Insgesamt dürfte sich das Preisniveau auf den Weltmärkten für Nahrungs- und Genußmittel im weiteren Verlauf dieses Jahres nur noch wenig erhöhen.

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland

Für die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland hat sich der Horizont in den letzten Monaten aufgehellt: Früher als angenommen begann die inländische Nachfrage zu steigen, und der Rückgang der Auslandsnachfrage setzte sich nicht mehr fort. Die Aufträge für Bauten nahmen nach einer schon fast ein Jahr währenden Erholung sogar beschleunigt zu, insbesondere die für Wohnbauten. Mit der Verbesserung der Nachfrage in den wichtigsten Wirtschaftsbereichen hat sich, wie der Geschäftsklima-Index des Ifo-Instituts zeigt, der Pessimismus in der Wirtschaft rasch vermindert.

Der Nachfragebelebung folgte zu Beginn dieses Jahres ein Anstieg des realen Sozialprodukts. Wie nicht anders zu erwarten, wirkte sich dies noch nicht auf den Arbeitsmarkt aus. Vielmehr hat sich dort die Lage weiter erheblich verschlechtert.

Das Tempo, mit dem sich Nachfrage und Produktion von ihrem Tiefpunkt lösten, überzeichnet allerdings die konjunkturelle Grundtendenz. Zwar war ein Umschwung dadurch angelegt, daß sich die Geldpolitik im Verlauf des Jahres 1982 von ihrem zuvor überaus restriktiven Kurs abgewandt hatte. Die rasche Besserung ist aber auch auf Sondereinflüsse zurückzuführen, die von der Finanzpolitik und vom Ausland ausgingen. So erhielt der Wohnungsbau kräftige finanzpolitische Impulse. Die Stärke der inländischen Nachfrage nach Investitionsgütern in den Monaten November bis Januar erklärt sich mit dem Fristablauf für die Investitionszulage. Zudem häuften sich Großaufträge; sie haben lange Abwicklungszeiten und besitzen für die kürzerfristig zu erwartende Produktionstendenz wenig Aussagekraft. Zur Stabilisierung des Auftragseingangs aus dem Ausland dürften Bestellungen beigetragen haben, die aufgrund von Aufwertungserwartungen gegenüber der D-Mark im Rahmen des Europäischen Währungssystems (EWS) vorgezogen wurden.

Der Staat setzte seinen Konsolidierungskurs fort. Ausdruck fand dies nicht zuletzt in der Verschiebung der Rentenanpassung vom Jahresanfang auf die Jahresmitte 1983, zudem wurden Steuern und Sozialabgaben weiter erhöht.

Anstieg der Staatsausgaben weiter verlangsamt

Im vergangenen Jahr sind die Ausgaben der Gebietskörperschaften nur noch um 3,5 vH gestiegen; der Anstieg hat sich damit im Vergleich zu 1981 beinahe halbiert. Stark eingeschränkt, nämlich um 8,5 vH, wurden die Ausgaben für Anlageinvestitionen. Die Personalausgaben expandierten mit 3 vH deutlich verlangsamt; dazu trug bei, daß der Personalbestand

nicht mehr vergrößert wurde. Die Erhöhung der Zinsausgaben — um ein Viertel — machte etwa die Hälfte der gesamten Mehrausgaben aus.

Entsprechend der schlechten konjunkturellen Lage flossen die Steuereinnahmen spärlich. Sie waren nur um 2 vH höher als im Vorjahr. Das Defizit der Gebietskörperschaften stieg gleichwohl nicht, weil die Gewinnabführung der Deutschen Bundesbank mit 10,5 Mrd. DM um 8 Mrd. DM höher war als im Jahr davor.

Bei der Sozialversicherung erhöhten sich Einnahmen und Ausgaben etwa im gleichen Tempo. Die Einnahmensituation stellt sich hier allerdings aufgrund der hohen Zuschüsse des Bundes an die Bundesanstalt für Arbeit zu günstig dar. Die Finanzierungssituation der Rentenversicherung hat sich beträchtlich verschlechtert. Neben der höheren Rentenanpassung spielte der geringe Anstieg der Beitragseinnahmen wegen sinkender Beschäftigung und nur noch wenig steigender Nominaleinkommen der Beschäftigten eine entscheidende Rolle. Erheblich verbessert hat sich dagegen die Finanzierungssituation der gesetzlichen Krankenversicherung; hier gelang eine unerwartet starke Drosselung des Ausgabenanstiegs.

Insgesamt ist 1982 das Ziel, das öffentliche Defizit entscheidend zu verringern, trotz umfangreicher Sparmaßnahmen nicht erreicht worden. Ausschlaggebend hierfür war die ungünstige Konjunktur.

Monetäre Expansion beschleunigt

Die Bundesbank hat ihre Bemühungen um monetäre Lockerung seit dem Sommer vergangenen Jahres verstärkt. Sie setzte den Lombard- und den Diskontsatz deutlich herab und führte den Banken vermehrt Liquidität zu. Vor allem deshalb gaben die Zinsen beschleunigt nach: Von August bis März sanken die Sätze für kurzfristige Termingelder von 8 auf 4 1/2 %, die für Kontokorrentkredite von 13 1/2 auf 10 1/2 %, und die Rendite festverzinslicher Wertpapiere verringerte sich von reichlich 9 auf 7 1/2 %.

Bei der Festlegung des Geldmengenziels für 1983 ließ sich die Bundesbank von ähnlichen Überlegungen wie für das Jahr 1982 leiten: Wiederum wurden für den Zielkorridor laufende Expansionsraten der Zentralbankgeldmenge von 4 und 7 vH festgesetzt. Angesichts der anhaltenden Aktivierung der Leistungsbilanz und der Verminderung der Kosten- und Preissteigerungen plante die Bundesbank, die Zentralbankgeldmenge wegen der Schwäche der Binnenkonjunktur vorerst im oberen Bereich des Zielkorridors zu halten.

Um die Jahreswende beschleunigte sich die monetäre Expansion, allerdings weit stärker als beabsich-

tigt. Die Zentralbankgeldmenge stieg vom vierten Quartal 1982, der Basis für den Zielkorridor, bis zum März 1983 mit einer Jahresrate von 11,5 vH und lag damit erheblich über dem Zielkorridor. Das Geldvolumen in der Abgrenzung von M1 (Bargeldumlauf und Sichteinlagen) nahm sogar mit einer Rate von 20 vH zu. Dies war einmal auf die expansive Geldpolitik der Bundesbank zurückzuführen. Zum anderen verstärkte sich die Erwartung einer Änderung der Leitkurse im EWS, vor allem einer Aufwertung der D-Mark und einer Abwertung des Französischen Franc, und dies löste Devisenzuflüsse in die Bundesrepublik aus. Innerhalb weniger Wochen kaufte die Bundesbank Devisen im Gegenwert von 17 Mrd. DM, um die D-Mark innerhalb der Bandbreiten zu halten. Die Devisenzuflüsse aus dem Ausland fanden ihren Niederschlag nicht nur in einer unmittelbaren Erhöhung des Geldvolumens — Ausländer horteten DM-Noten und leisteten Vorauszahlungen auf Importe, Inländer schoben Zahlungen in Fremdwährungen hinaus oder verschuldeten sich in fremder Währung und legten den Gegenwert auf Konten im Inland an —, sondern sie vergrößerten auch die freien Liquiditätsreserven der Banken.

Um Liquidität abzuschöpfen, kürzte die Bundesbank noch vor dem Realignment im EWS die Refinanzierungskontingente der Banken; gleichzeitig senkte sie aber erneut die Leitzinsen, um zur Konjunkturanregung beizutragen und die Spannungen im EWS zu verringern. Im April wurde den Banken über die Ausschüttung des Bundesbankgewinns Liquidität zugeführt; dies wurde jedoch dadurch ausgeglichen, daß nach dem Realignment wieder Devisenrückflüsse ins Ausland einsetzten und die Bundesbank Offenmarktverkäufe durchführte. Auf diese Weise dürften die freien Liquiditätsreserven der Kreditinstitute wieder auf den Stand vom letzten Quartal vorigen Jahres zurückgeführt worden sein.

Stabilisierung der Ausfuhr

Zur Jahreswende kam der Rückgang der Ausfuhr, der entscheidend zum Konjunkturreinbruch im Sommerhalbjahr 1982 beigetragen hatte, zum Stillstand. Seitdem ist der Export leicht gestiegen. Diese Entwicklung ist jedoch nur mit erheblichen Vorbehalten als Tendenzumkehr zu bewerten. Zwar spricht die konjunkturelle Belebung in einigen Industrieländern, insbesondere den USA, zusammen mit der im Dollarraum fortbestehenden hohen preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure für ein Anhalten der Besserung. Dem stehen jedoch noch immer die Hemmnisse gegenüber, die sich aus den Zahlungsproblemen vieler Länder ergeben.

Die Ausfuhr von Investitionsgütern, die den größten Anteil am Exportsortiment der Bundesrepublik haben, ist weiter zurückgegangen. Die Abwärtsbewegung

verlangsamte sich allerdings; dies ist indes ausschließlich einem leichten Anstieg der Kraftfahrzeugexporte zuzuschreiben, während die Ausfuhr von Erzeugnissen des Maschinenbaus in nahezu unverändertem Tempo sank. Die in den letzten Monaten etwas günstigere Entwicklung der gesamten Warenausfuhr beruhte, bei unverändert hohem Niveau des Exports von Verbrauchsgütern, auf einem Anstieg bei den Grundstoffen.

Wegen des scharfen internationalen Wettbewerbs und der beschleunigten Zunahme des Außenwertes der D-Mark gelang es immer weniger, die Preise anzuheben. Die Durchschnittswerte der Ausfuhr waren zuletzt nur noch um 3 vH höher als ein Jahr zuvor, das Anstiegstempo hat sich binnen Jahresfrist halbiert.

Tiefpunkt der Investitionstätigkeit durchschritten

Die Belastungen der Investitionsneigung der Unternehmen haben im ganzen gesehen schon im Laufe des zweiten Halbjahres 1982 abgenommen. Vor allem sind die Zinsen gesunken. Zudem haben sich importierte Vorprodukte verbilligt, nicht zuletzt Mineralöl. Die Ertragslage der Unternehmen ist bei alledem noch immer unbefriedigend. Vermutlich zeichnet in dieser Hinsicht die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ein zu günstiges Bild: Ein erheblicher Teil des Bruttoeinkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen entfällt auf die Gewinne der Bundesbank, die sogar Ausdruck einer Belastung der Unternehmen sind. Hinzu kommt der Bedarf an Sonderabschreibungen, der sich aus strukturellen und konjunkturellen Gründen gebildet hat und den die Gesamtrechnung nicht erfassen kann.

Die dämpfende Wirkung der noch immer unbefriedigenden Gewinnsituation auf die Investitionsneigung ist bisher nicht durch günstigere mittelfristige Absatzerwartungen kompensiert worden. Doch hat sich mit abnehmendem Gewicht der belastenden Faktoren die Unternehmerstimmung aufgehellt. Indiz dafür ist die überraschend hohe Inanspruchnahme der Investitionszulage zum Ablauf der Bestellfrist sowie die Tatsache, daß die Inlandsbestellungen bei den Investitionsgüterproduzenten nach der zulagebedingten Spitze nicht unter das Niveau vom Herbst letzten Jahres abgerutscht sind.

Die *Ausrüstungsinvestitionen* der Unternehmen reagieren erfahrungsgemäß auf Änderungen der Rahmenbedingungen verzögert. So ist es nicht überraschend, daß sie im vierten Quartal 1982 nochmals deutlich gesunken sind. Die leichte Zunahme zu Beginn dieses Jahres, bei der aber auch die Investitionszulage mitgewirkt haben könnte, deutet darauf hin, daß der Tiefpunkt durchschritten ist.

Die *Bauinvestitionen der Unternehmen* sind demgegenüber schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1982 nicht mehr zurückgegangen. Der Wirtschaftsbau profitiert offenbar nach wie vor von Sonderentwicklungen, die zum Teil mit früheren Entscheidungen der Wirtschaftspolitik zusammenhängen; sie wirken sich vor allem in der Energiewirtschaft, bei Bahn und Post aus. Hinzu kommen Effekte von Maßnahmen zur Energieeinsparung.

Im *Wohnungsbau* haben vor allem günstigere Zinskonditionen, aber auch Preisnachlässe zu einer deutlichen Belebung der Nachfrage geführt. Nach der Regierungsneubildung wurden weitere Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus beschlossen. Der Rückgang der realen Wohnungsbauinvestitionen ist im Winterhalbjahr zu Ende gegangen. Der Anstieg in den ersten Monaten dieses Jahres mag zwar vor allem noch von der milden Witterung bestimmt worden sein; vieles spricht jedoch dafür, daß eine längere Erholungsperiode begonnen hat.

Die Entwicklung bei den *Öffentlichen Bauten* wird durch die anhaltend hohen Defizite der Gemeinden geprägt. Der Rückgang der öffentlichen Bauinvestitionen dauert nun schon fast drei Jahre, er hat sich zuletzt lediglich abgeschwächt.

Konsumrückgang kam zum Stillstand

Etwas überraschend hat auch die Entwicklung des realen privaten Verbrauchs im Laufe des Winterhalbjahres zur Aufhellung der gesamtwirtschaftlichen Lage beigetragen. Die privaten Haushalte sind durch sinkende Preise für Kraftstoffe und Heizöl beachtlich entlastet worden. Dies allein hätte aber nicht genügt, die von der Einkommensentwicklung her angelegte weitere Abschwächung des Verbrauchs abzufangen und in den ersten Monaten dieses Jahres sogar einen Anstieg herbeizuführen. Denn die nominalen Einkommen erhöhten sich noch schwächer als zuvor: Da der Rückgang der Zahl der Beschäftigten anhielt, die Kurzarbeit ausgedehnt und der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung angehoben wurde, gingen die Nettolöhne und -gehälter eher zurück. Die Transferzahlungen nahmen nur noch abgeschwächt zu. Die fällige Anhebung der Renten wurde aufgeschoben. Der Anstieg der Transfers ergab sich im wesentlichen aus höheren Unterstützungsleistungen an Arbeitslose.

Die verbesserte Entwicklung des privaten Verbrauchs ist vor allem einer deutlichen Senkung der Ersparnis zuzuschreiben. Eine Rolle spielte hierbei, daß zu Beginn des Jahres rund 3 Mrd. DM mehr an prämienbegünstigten Spareinlagen verfügbar wurden als vor einem Jahr. Zudem nahm wegen des Zinsrückgangs die Verschuldungsbereitschaft der Haushalte zu und die Spartätigkeit ab. Es zeigte sich abermals,

daß derartige Verminderungen der Sparquote vor allem mit Käufen dauerhafter Konsumgüter einhergehen. Belebt hat sich der Absatz von Automobilen, Möbeln sowie von elektrotechnischen und optischen Erzeugnissen. Zum Teil gingen die vermehrten Käufe in diesen Bereichen indes zu Lasten der Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel sowie von Auslandsreisen. Die Verbesserung des Konsumklimas läßt erwarten, daß die Belebung des Verbrauchs nicht nur vorübergehend ist.

Wende in der Produktionsentwicklung

Die gesamtwirtschaftliche Produktion, die bis zum Ende vorigen Jahres zurückgegangen ist, steigt seither. Der Umschwung ging vom verarbeitenden Gewerbe aus, insbesondere vom Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe und von der Verbrauchsgüterindustrie. Die Produktionswirkungen der Investitionszulagen waren bisher nur schwach. Die Bautätigkeit war zunächst noch stark durch Witterungseinflüsse begünstigt. Die Tendenzwende im güterproduzierenden Gewerbe hat auf Handel, Verkehr und Dienstleistungen weitergewirkt und dort wohl schon zu einer leichten Erhöhung der realen Wertschöpfung geführt. Mit dem gesamtwirtschaftlichen Produktionsanstieg sind die Klagen über zu hohe Lagerbestände an Fertigwaren geringer geworden. Schon als zu niedrig werden von Produzenten und Handel die Bestände an fabrikneuen Kraftfahrzeugen wie auch an Gebrauchtwagen beurteilt. Aber auch in anderen Bereichen dürften lagerzyklische Einflüsse die Produktion angeregt haben.

Verschlechterung der Lage am Arbeitsmarkt hielt an

Der Rückgang der Beschäftigung setzte sich unvermindert fort; die Produktionsbelebung schlug sich erwartungsgemäß zunächst in einem stärkeren Anstieg der Produktionsleistung je Arbeitsstunde nieder. Die Zahl der Beschäftigten ist im Laufe des Winterhalbjahres saisonbereinigt um eine Viertelmillion gesunken. Die Abnahme entfällt zu mehr als der Hälfte auf das verarbeitende Gewerbe und zu mehr als 100 000 Personen auf das Baugewerbe. Hinzu kam eine sprunghafte Ausweitung der Kurzarbeit, die zu Jahresbeginn mit 1,2 Mill. Personen ein vorher nie beobachtetes Niveau erreichte. Zum Teil ist die Erhöhung darauf zurückzuführen, daß die Bauwirtschaft angesichts günstiger Witterungsverhältnisse die Schlechtwettergeldregelung zur Anpassung des Arbeitsvolumens nur wenig nutzen konnte, zum Teil ist sie Folge der großzügigeren Kurzarbeitsregelungen im Stahlbereich.

Die Arbeitslosigkeit stieg unvermindert stark an. Bis Ende März vergrößerte sich die Zahl der Arbeitslo-

sen saisonbereinigt auf über 2,2 Mill., das waren 600 000 mehr als ein Jahr zuvor. Weiterhin spielte dabei die demographisch bedingte Erhöhung des Erwerbspersonenpotentials eine Rolle. Der weitaus überwiegende Teil der Zunahme entfiel aber auf den Rückgang der Beschäftigung. Immer mehr sind nun auch Arbeitskräfte mit abgeschlossener Berufsausbildung von Arbeitslosigkeit betroffen.

Da die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit zunimmt, sinkt der Anteil derer, die Anspruch auf Arbeitslosengeld haben; aus diesem Grunde steigen die Unterstützungszahlungen an Arbeitslose nicht in dem Maße, wie sich die Zahl der Arbeitslosen vergrößert.

Importrückgang beendet

Die reale Wareneinfuhr hat sich fast parallel zur gesamtwirtschaftlichen Produktionstendenz entwickelt. Nach der Jahreswende stieg sie etwas, nachdem sie bis dahin deutlich zurückgegangen war. Die Verbesserung konzentrierte sich auf Halbwaren und Vorerzeugnisse und zwar wohl deshalb, weil Lagerdispositionen dominierten. Die Einfuhr von Rohstoffen hat insgesamt stagniert. Hier spielte der — auch aus Witterungsgründen — niedrige Bedarf an Energie die Hauptrolle. Außerdem dürften die Vorräte an Erdöl und Mineralölprodukten entgegen der allgemeinen Tendenz wegen der Erwartung sinkender Preise noch vermindert worden sein. Die Einfuhren von Fertigwaren stagnierten ebenfalls. Investitionsgüter wurden im Vergleich zum letzten Quartal des Jahres 1982 in vermindertem, Verbrauchsgüter in vergrößertem Umfang eingeführt.

Die Preise für Einfuhrgüter sind bis zuletzt gesunken. Dazu hat die Höherbewertung der D-Mark beigetragen. Besonders kräftig war der Preisrückgang bei Rohstoffen und Energieträgern.

Weitere Aktivierung der Leistungsbilanz

Obwohl Exporte wie auch Importe im Winterhalbjahr real in gleichem Tempo zurückgingen, erhöhte sich der Überschuß der Handelsbilanz in nominaler Rechnung, stiegen die Ausfuhrpreise doch noch leicht, während die Einfuhrpreise sanken. Deutlicher war die Verbesserung der Leistungsbilanz, weil sich die Defizite in der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz verminderten. Der Überschuß der Leistungsbilanz lag — gerechnet auf Jahresbasis — bei etwa 10 Mrd. DM.

Verbraucherpreise stabil

Der spürbaren Verlangsamung des Anstiegs der Verbraucherpreise in den letzten Monaten vorigen Jahres folgte, saisonbereinigt, sogar ein Rückgang.

Damit wird die gegenwärtige Grundtendenz der Preisentwicklung jedoch zu günstig dargestellt. Die ausgeprägte Senkung der Preise von Kraftstoffen und Heizöl, die zuletzt um 10 vH bzw. 25 vH unter dem Höchststand vom Herbst letzten Jahres lagen, hat das Preisniveau stark gedrückt. In die gleiche Richtung wirkte die Preisentwicklung bei Saisonwaren.

Das Niveau der Verbraucherpreise war im März um 3,5 vH höher als ein Jahr zuvor. Ohne den Sondereinfluß der Mineralölerzeugnisse hätte der Anstieg knapp 4 vH betragen. Entgegen der allgemeinen Tendenz steigen seit Jahresbeginn die Wohnungsmieten beschleunigt; dies ist zum Teil auf Mietanpassungen im sozialen Wohnungsbau zurückzuführen, zum Teil ist es Folge der neuen Mietgesetzgebung.

Ausblick

Die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Monaten gibt noch nicht viel Aufschluß über Stärke und Nachhaltigkeit der neuen Aufwärtstendenz, zumal die Investitionsgüterbestellungen durch den Einfluß der Investitionszulage und durch Großaufträge beeinflußt worden sind. Stark und über längere Zeit sind bisher nur die Bauaufträge gestiegen. Aufgrund der insgesamt verbesserten Bedingungen für eine Erholung, namentlich der expansiveren Geldpolitik und des stark gedämpften Kostenauftriebs, ist aber nicht zweifelhaft, daß es sich bei der Entwicklung in den letzten Monaten um einen konjunkturellen Anstieg handelt und nicht lediglich um eine kurzfristige Sonderbewegung.

Anders als früher wird diesmal die Belebung nicht vom Export geprägt; dafür ist das weltwirtschaftliche Umfeld nach wie vor zu ungünstig. Vielmehr wird die Entwicklung in erster Linie von inländischen Auftriebskräften bestimmt sein, zunächst vor allem von lagerzyklischen Einflüssen, die schon zur Tendenzwende maßgeblich beigetragen haben, deren Nachlassen aber abzusehen ist. Da von der öffentlichen Nachfrage wegen der Konsolidierungszwänge Beiträge zur Belebung der Endnachfrage nicht zu erwarten sind und der private Konsum lediglich zögernd expandieren wird, ist eine stärkere Aufwärtsentwicklung nur möglich, wenn die Investitionen anspringen.

Die Zunahme der Investitionsgüternachfrage seit dem Spätherbst des vergangenen Jahres hängt zwar mit dem Fristablauf für die Inanspruchnahme der Investitionszulage zusammen und ist daher nicht schlechthin Ausdruck wieder erhöhter Investitionsneigung. Doch die Stärke des Anstiegs und das Ausbleiben einer entsprechenden Reaktion danach deuten darauf hin, daß sich die Investitionsneigung zu bessern begonnen hat. Welche Rolle dabei Einflüsse wie die veränderten wirtschaftspolitischen Perspektiven, die Lockerung der Geldpolitik oder der Wiederan-

stieg der Terms of Trade gespielt haben, ist nicht eindeutig zu bestimmen. Alles zusammen ist jedenfalls geeignet, die Verbesserung der vorher stark gesunkenen Investitionsneigung zu erklären. Ob die Verbesserung groß genug ist, die Investitionstätigkeit zum Motor einer sich selbst verstärkenden konjunkturellen Expansion werden zu lassen, ist dagegen zweifelhaft. Dazu müßten weitere Voraussetzungen geschaffen werden. Vor allem müßten Maßnahmen zur Herstellung wachstumsfreundlicherer Bedingungen nicht nur angekündigt, sondern auch realisiert werden. Da es bisher an einer solchen verlässlichen Weichenstellung mangelt, ist nicht zu erwarten, daß sich der Aufschwung im Verlauf dieses Jahres selbst verstärkt. Wohl aber dürfte sich die Erholung fortsetzen.

Der Prognose liegen folgende Annahmen zugrunde:

- Die weltwirtschaftliche Entwicklung wird allmählich günstiger, und der Welthandel nimmt wieder zu, wie im weltwirtschaftlichen Teil dargelegt. Die Produktion in den Industrieländern steigt, wenn auch nur in mäßigem Tempo. Die außenwirtschaftliche Situation der Entwicklungsländer bessert sich, vor allem weil der Export und die Preise der von ihnen erzeugten Rohstoffe nun wieder steigen. Die Verschuldungskrise vieler Entwicklungsländer verliert an Schärfe.
- Der langsam wieder wachsende Rohstoffverbrauch und die damit zusammenhängende Umkehr bei der Rohstofflagerhaltung führen zu weiter steigenden Preisen auf dem Weltmarkt. Die Erdölpreise geben nicht mehr nennenswert nach. Da sich die D-Mark gegenüber dem Dollar etwas aufwerten dürfte, werden sich Rohstoffe für deutsche Käufer nur wenig verteuern. Gegenüber den anderen Währungen wird der Wechselkurs der D-Mark im weiteren Verlauf dieses Jahres im großen und ganzen unverändert bleiben.
- Die Bundesbank versucht, den Anstieg der Zentralbankgeldmenge auf das ihrer Zielvorgabe entsprechende Maß zurückzuführen, vermeidet aber abrupte Schritte. Die Geldmenge wird dennoch gegen Jahresende wohl größer sein als ursprünglich angestrebt.
- In der Wirtschafts- und Finanzpolitik werden die beschlossenen Maßnahmen durchgeführt; neue, die sich noch in diesem Jahr nennenswert auswirken könnten, kommen nicht hinzu.
- Die in der diesjährigen Lohnrunde noch ausstehenden Tarifabschlüsse entsprechen den bisherigen; im öffentlichen Dienst wird ein niedrigerer Abschlußsatz vereinbart.

Verhaltene Belebung der Investitionen

Die Investitionen der Unternehmen werden in diesem Jahr spürbar durch die Investitionszulage gefördert. Aber auch die allgemeinen Bedingungen für Investitionen haben sich gebessert: Gesunkene Zinsen, niedrigere Lohnabschlüsse, höhere Produktivitätsfortschritte und verbilligte Öleinfuhren brachten Entlastungen auf der Kostenseite.

Gleichwohl ist das Investitionsklima noch immer beträchtlichen Belastungen ausgesetzt. In der Wirtschaftspolitik wurde zwar eine grundlegende Wende versprochen; der bisher verfolgte Kurs läßt es jedoch an Klarheit, Konsequenz und damit an Glaubwürdigkeit fehlen, er gewährleistet noch keine nachhaltige Aufwärtsentwicklung.

Die Absatzchancen auf mittlere Frist werden von den Unternehmen nach wie vor recht verhalten eingeschätzt, einmal, weil die Überschuldung einer Reihe von Entwicklungs- und Staatshandelsländern die Auslandsnachfrage ebenso dämpft wie der um sich greifende Protektionismus, zum anderen, weil der Staat noch auf Jahre hinaus unter Konsolidierungszwang steht. Die Konsolidierung dient zwar auf der einen Seite der Verbesserung der Wachstumsbedingungen, bedeutet auf der anderen aber für viele Unternehmen eine Beeinträchtigung ihrer Absatzmöglichkeiten.

Trotz der niedrigeren Lohnabschlüsse ist es fraglich, ob sich die Ertragserwartungen der Unternehmen entscheidend verbessert haben. Dies gilt besonders, weil die Unternehmen wegen der Forderungen der Gewerkschaften, die Wochenarbeitszeit zu verkürzen, einen Kostenschub im nächsten Jahr befürchten. Hinzu kommt, daß das Realzinsniveau trotz der beträchtlichen Senkung der Nominalzinsen weiterhin relativ hoch ist.

Unter diesen Belastungen wird sich die Investitionsbelebung vorerst in relativ engen Grenzen halten. Erweiterungsinvestitionen werden weiterhin nur zögernd vorgenommen; eine Ausnahme hiervon dürften die Investitionen der Bauwirtschaft und der Elektrizitätsversorgungsunternehmen bilden. In den anderen Zweigen werden Vorhaben zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit durch Produkt- und Prozeßinnovationen im Vordergrund stehen. Im Jahresdurchschnitt werden die Investitionen der Unternehmen voraussichtlich nur geringfügig größer sein als im Vorjahr.

Eine beachtliche Dynamik wird es im Wohnungsbau geben. Hier kommen der Rückgang der Hypothekenzinsen, eine Vielzahl von staatlichen Förderungen und mehr und mehr wohl auch die Sorge vor neuen Preisschüben zusammen. Nach einem Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen im Vorjahr um 5 vH dürfte sich in diesem Jahr ein ebenso großer Anstieg ergeben.

Erneut sinken werden dagegen die Bauinvestitionen des Staates. Zwar lassen die Haushaltsansätze des Bundes auf eine Zunahme der Bauausgaben schließen, jedoch planen Länder und Gemeinden weitere Einschränkungen. Vor allem der finanzielle Spielraum der Gemeinden wird wegen nur schwach steigender Steuereinnahmen und der Kürzung von Finanzzuweisungen der Länder vorerst noch enger. Der Rückgang der realen staatlichen Bauinvestitionen dürfte mit etwa 3 vH allerdings um mehr als die Hälfte geringer sein als im Vorjahr.

Insgesamt ist für die Bauinvestitionen mit einem Anstieg in der Größenordnung von 3 vH zu rechnen.

Leichte Zunahme des privaten Verbrauchs

Nachdem der Einfluß einiger stimulierender Sonderfaktoren abgeklungen ist, wird die Entwicklung des privaten Verbrauchs im weiteren Verlauf dieses Jahres wieder stärker von den Einkommen bestimmt sein. Diese werden nominal nur langsam steigen, real stagnieren sie — eine Tendenz, die immerhin günstiger als in den letzten beiden Jahren ist, in denen die Realeinkommen zurückgingen. Bei der Bruttolohn- und -gehaltsumme wird der Anstieg sowohl durch die niedrigeren tariflichen Abschlußsätze als auch durch den weiteren Rückgang der Beschäftigung gebremst, bei der Nettolohn- und -gehaltsumme ist die Entwicklung wegen der Steuerprogression und der Anhebung der Beitragssätze zur Rentenversicherung noch ungünstiger. Deutlich langsamer als bisher steigen aber auch die Übertragungseinkommen. Der kräftigen Zunahme der Zahlungen an Arbeitslose und Kurzarbeiter stehen Kürzungen beim Kindergeld und anderen sozialen Leistungen, die Verschiebung der Rentenerhöhung um sechs Monate und die Einführung eines Krankenkassenbeitrages der Rentner gegenüber. Allein die Entnahmen dürften sich mit der Besserung der Gewinnentwicklung mehr als bisher erhöhen.

Trotz Stagnation des Realeinkommens wird der reale Verbrauch vermutlich etwas zunehmen; im Jahresdurchschnitt wird er allerdings nicht höher sein als 1982. Dem bisher schon erkennbaren Bestreben der Verbraucher, den erreichten Lebensstandard auch bei ungünstiger Einkommensentwicklung zumindest zu halten, kommen nun die gesunkenen Zinsen entgegen. Die Verschuldung ist billiger, die Geldanlage weniger ertragreich geworden.

Zudem gibt es offenbar Anstöße zu verstärkten Käufen dauerhafter Gebrauchsgüter, die erfahrungsgemäß auch zu Lasten der Sparquote gehen. So werden Anschaffungen von Kraftfahrzeugen, die zuvor aufgeschoben worden waren, nunmehr nachgeholt, zumal attraktive neue Modelle zum Kauf anregen. Mit der wieder steigenden Zahl von Wohnungsfertigstel-

lungen entsteht ferner zusätzlicher Bedarf an Möbeln, Hausrat und Textilien. Infolge der Anhebung der Mehrwertsteuersätze zur Jahresmitte werden zeitweilig sicherlich Käufe vorgezogen werden.

Verhaltener Exportanstieg

Mit der Besserung der wirtschaftlichen Entwicklung in den Industrieländern, die auch den Entwicklungsländern zugute kommt, sind die Aussichten für die Ausfuhr der Bundesrepublik etwas günstiger geworden. Zudem ist die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auch nach dem jüngsten Realignment im EWS im allgemeinen relativ hoch. Gleichwohl gibt es viele Gründe für eine zurückhaltende Einschätzung der Exportchancen in diesem Jahr.

Erstens wird der Nachfrageanstieg in den Industrieländern insgesamt nur mäßig sein; in einem für die deutsche Ausfuhr so wichtigen Land wie Frankreich ist zunächst keine Besserung zu erwarten. Zweitens werden viele Entwicklungsländer ohne eigenes Erdöl zwar vom Wiederanstieg der Rohstoffpreise und von den niedrigeren Ölpreisen begünstigt; sie müssen aber ihre Neuverschuldung zurückführen und werden daher vorerst wenig Spielraum für eine Steigerung ihrer Einfuhr haben. Drittens werden sich viele Ölexportländer wegen der Ölpreissenkung zu Beginn des Jahres noch zu einer Anpassung ihrer Einfuhr nach unten veranlaßt sehen. Bei den meisten Staatshandelsländern dürfte die Anpassung dagegen weitgehend abgeschlossen sein. Viertens erweist sich die Warenstruktur für den Export derzeit eher als nachteilig, da im Warensortiment des deutschen Exports Investitionsgüter ein großes Gewicht haben, die Wirtschaftsentwicklung in den meisten Ländern aber nicht von einer Investitionsbelebung bestimmt wird. Fünftens wird der verbreitete Protektionismus den Absatz im Ausland beeinträchtigen. Alles in allem ist daher mit einer Zunahme der Ausfuhr zu rechnen, die erheblich kleiner ist als zu Beginn früherer Erholungsphasen.

Steigender Überschuß der Leistungsbilanz

Mit der Belebung der Konjunktur werden auch die Importe zunehmen. Wie stets werden Anstöße zunächst von den Lagerdispositionen ausgehen. Sie dürften bei den industriellen Vorprodukten umso ausgeprägter sein, als die Preise auf den Weltrohstoffmärkten seit einiger Zeit wieder steigen. Die jüngste Entwicklung auf dem internationalen Erdölmarkt, die einen nennenswerten weiteren Preisrückgang nicht erwarten läßt, spricht dafür, daß die Bestände von Erdöl und Erdölprodukten nicht weiter abgebaut werden. Die Tendenzänderung bei Investitionen und pri-

vatem Verbrauch wird auch die Fertigwareneinfuhr anregen, die drei Jahre lang stagniert hatte. Hinzu kommt, daß die Aufwertung der D-Mark die Wettbewerbsposition von ausländischen Anbietern verbessert hat.

Die Einfuhrpreise werden wieder steigen, nachdem der Rückgang auf den Weltmärkten für Rohstoffe von einem Anstieg abgelöst worden ist und die Ölpreise wohl kaum noch sinken. Enderzeugnisse werden sich weiterhin in mäßigem Tempo verteuern. Da die Ausfuhrpreise stärker steigen als die Einfuhrpreise, werden sich die Terms of Trade nochmals erhöhen. So wird es selbst bei dem erwarteten unveränderten realen Außenbeitrag zu einer Zunahme des Überschusses in der Leistungsbilanz kommen. Er dürfte eine Größenordnung von 15 Milliarden DM erreichen.

Sozialprodukt etwas höher als im Vorjahr

Angesichts der wieder zunehmenden Nachfrage werden die Unternehmen ihre Produktion auch im weiteren Jahresverlauf steigern. Wegen der noch bestehenden Belastungen des wirtschaftlichen Klimas wird der Anstieg zwar spürbar geringer sein als in früheren Erholungsphasen, am Jahresende dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion das Vorjahresniveau aber immerhin um 2 1/2 bis 3 vH übertreffen. Anders als im Herbst prognostiziert worden war, wird das reale Sozialprodukt im Jahresdurchschnitt 1983 etwas höher sein als im Vorjahr. Ausschlaggebend dafür ist nicht eine stärkere konjunkturelle Belebung als damals erwartet, sondern das frühere Eintreten der Wende.

Arbeitslosigkeit steigt noch weiter

Auf dem Arbeitsmarkt werden sich die Probleme trotz der konjunkturellen Erholung weiter verschärfen. Die Unternehmen werden die Produktion steigern, ohne vorerst ihren Personalbestand zu vergrößern; in aller Regel wird eine wieder zunehmende Kapazitätsauslastung von einem verstärkten Produktionsausstoß je Arbeitsstunde begleitet. Außerdem werden die Unternehmen die Kurzarbeit abbauen sowie zum Teil Überstunden einführen. Der Rückgang der Beschäftigtenzahl wird sich deshalb nur allmählich abschwächen und erst um die Jahreswende zum Stillstand kommen. Insgesamt wird die Zahl der abhängig Beschäftigten Ende des Jahres voraussichtlich um mehr als 250 000, die der Erwerbstätigen um mehr als 300 000 niedriger sein als zu Jahresbeginn. Gegenüber dem letzten Höhepunkt der Beschäftigung im Herbst 1980 wird die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer dann um mehr als eine Million gesunken sein. Der Rückgang ist damit etwa ebenso groß wie der Anstieg seit Mitte der siebziger Jahre.

Die Zahl der Arbeitslosen wird gegen Jahresende — saisonbereinigt — an 2,5 Millionen heranreichen; hierzu trägt auch der weitere Anstieg des Erwerbspersonenpotentials bei. Für den Jahresdurchschnitt 1983 ist mit einer Zahl von 2,35 Millionen zu rechnen, was einer Arbeitslosenquote von etwa 10 vH entspricht. In der Saisonspitze im nächsten Winter dürfte die Arbeitslosenzahl — nicht saisonbereinigt — auf 2,8 Millionen steigen.

Weiteres Bemühen um Defizitabbau

Die Gebietskörperschaften streben weiterhin an, ihre Haushaltsdefizite zu vermindern und gleichzeitig die Konjunktur zu beleben. So hat die Bundesregierung einerseits Maßnahmen zur Förderung der Bautätigkeit ergriffen und die Gewerbesteuerbelastung gesenkt, andererseits aber eine Anhebung der Mehrwertsteuer, die befristete Erhebung einer „Zwangsanleihe“ und höhere Beitragssätze in der Arbeitslosen- und Rentenversicherung beschlossen. Ferner wurden durch eine Vielzahl von Maßnahmen die Ausgaben begrenzt, vor allem im Sozialbereich sowie bei den Personalausgaben. Zu nennenswerten Abstrichen bei den Subventionen wird es entgegen den Ankündigungen wohl nicht kommen. Eher ist zu erwarten, daß im Laufe des Jahres zusätzliche Hilfen für die Stahlindustrie und die Werften beschlossen werden.

Die Ausgaben der Gebietskörperschaften dürften im Jahre 1983 um 3 vH zunehmen, also etwas mehr als nach den Haushaltsplänen vorgesehen. Dabei wirkt sich allerdings auch aus, daß die Ausgaben im Jahre 1982 hinter den Ansätzen zurückgeblieben waren. Für die staatlichen Käufe von Gütern und Dienstleistungen wird mit einer weiteren Abschwächung des Anstiegs gerechnet. Bei unverändertem Personalbestand und niedrigeren Tariferhöhungen werden die Personalausgaben um rund 3 vH höher sein als im Vorjahr. Die Sachaufwendungen steigen kaum stärker als die Personalausgaben. Die Investitionen bleiben nominal und real abermals hinter ihrem Vorjahrsstand zurück, insbesondere wegen der Finanznöte der Gemeinden, der wichtigsten öffentlichen Investoren.

Die Einnahmen der Gebietskörperschaften werden wie im Vorjahr um 4 vH zunehmen. Bei den Steuern führen Rechtsänderungen aus den vergangenen Jahren zu Mindereinnahmen, die Erhöhung der Mehrwertsteuersätze zu Mehreinnahmen.

Das Defizit der Gebietskörperschaften dürfte sich 1983 um etwa 3 Mrd. DM verringern. Gleichwohl wird das Staatsdefizit insgesamt nahezu unverändert bleiben, weil sich die Lage der Sozialversicherung auch wegen der Maßnahmen zur Konsolidierung des Bundeshaushalts weiter verschlechtert. Der Zuschußbedarf der Bundesanstalt für Arbeit wird vor allem durch

eine Kürzung ihrer Zahlungen an die Rentenversicherung gesenkt, deren Defizit daraufhin steigt.

Weiterhin ruhige Preisentwicklung

In den kommenden Monaten wird der Einfluß der Verbilligung von Rohöl, der reichlichen Ernten und der milden Witterung auf die Preise zwar immer mehr abebben, gleichwohl dürfte der Preisauftrieb gedämpft bleiben. Von der Seite der Lohnkosten wird sich der Druck für die Unternehmen, Preise zu erhöhen, sogar abschwächen; die diesjährigen Tariflohnhebungen führen bei den verstärkten Produktivitätsfortschritten zu einem geringeren Anstieg der Lohnstückkosten als im Vorjahr. Allerdings wird die Erhöhung der Mehrwertsteuersätze zur Jahresmitte die Preisberuhigung unterbrechen, selbst wenn wegen der immer noch schwachen Verbrauchernachfrage die volle Überwälzung nicht gelingt.

Bei den Verbraucherpreisen wird die Steigerungsrate im Vorjahresvergleich gegen Ende des Jahres wieder kleiner als 3 vH sein; ohne die Mehrwertsteuererhöhung würde sie vermutlich nur 2 1/2 vH betragen. Der Anstieg wird sich vor allem bei den Preisen von Gebrauchs- und Verbrauchsgütern abflachen. Beschleunigt werden dagegen wegen der Änderungen im Mietrecht die Wohnungsmieten steigen.

Auch die Preise für Bauleistungen werden wohl deutlich heraufgesetzt werden. Dies gilt namentlich für die Preise im Wohnungsbau; hier wird das Preisniveau gegen Jahresende um schätzungsweise 4 vH höher als im Vorjahr sein.

Wirtschaftspolitische Überlegungen

Vier der beteiligten fünf Institute vertreten die folgenden Überlegungen; die Meinung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin (DIW), ist im Anschluß an diesen Text wiedergegeben.

Mit der konjunkturellen Erholung in den letzten Monaten ist die fast drei Jahre dauernde Rezession zu Ende gegangen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird im Laufe dieses Jahres vermutlich stärker steigen, als sie im letzten Jahr gefallen war. Ob sich daraus aber ein nachhaltiger Aufschwung entwickelt, der ausreicht, die Arbeitslosigkeit zu verringern, ist noch offen: Die Erholung ist zum überwiegenden Teil das Ergebnis der Lockerung der Geldpolitik und befristeter staatlicher Maßnahmen zur Stützung der Nachfrage sowie wohl auch eines Vertrauensvorschlusses auf die angekündigte wirtschaftspolitische Weichenstellung.

Die Regierung hat zwar für den Bereich der *Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik* eine Kurswende in Richtung auf Förderung der Leistungsbereitschaft

und Eigenverantwortung angekündigt; damit sollen Hemmnisse abgebaut und Wachstumskräfte freigesetzt werden. Bisher hat sie aber nur einen geringen Teil der Ankündigungen in Maßnahmen umgesetzt. So wurden das Mietrecht ein wenig liberaler gestaltet, einige Rahmenbedingungen für Investitionen verbessert, die Selbstbeteiligung in der Krankenversicherung verstärkt und BAFÖG-Leistungen auf Darlehen umgestellt.

Dagegen entsprechen die Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus nicht dieser Neuausrichtung. Sie gehören ebenso wie die bereits vor einem Jahr von der damaligen Regierung beschlossene befristete Investitionszulage zur Gruppe jener Maßnahmen, mit denen zwar ein Nachfrageschub ausgelöst werden kann, nicht aber Hemmnisse und Belastungen für Investitionen und damit für Wachstum beseitigt werden.

Geradewegs in die alte, als falsch erkannte Richtung weisen die Erhöhung der Mehrwertsteuersätze sowie die Erhebung der Investitionshilfeabgabe für „Besserverdienende“. An dieser Wertung ändert sich auch dadurch nichts, daß mit dem Aufkommen neben den Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus auch die Gewerbe- und Vermögensteuerentlastung finanziert werden soll. Mit der Erhöhung von Steuern und Abgaben vergrößert der Staat erneut seinen Einfluß auf die Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts und vermindert damit die Leistungsbereitschaft von Unternehmern und Arbeitnehmern. Zudem hat er wenig getan, im eigenen Bereich Aufgaben zu straffen und zum Beispiel durch Privatisierung auszugliedern.

Statt durch eine Vielzahl von selektiven und globalen Maßnahmen in den Wirtschaftsprozeß einzugreifen, kommt es darauf an, umgehend die Weichen für mehr private Initiativen zu stellen. Dringend ist, die Leistungsbereitschaft durch eine Verminderung der Steuer- und Abgabenbelastung zu erhöhen — insbesondere darf nicht von jeder zusätzlich verdienten Mark ein so hoher Teil wie gegenwärtig weggesteuert werden —, die Eigenverantwortung durch eine straffere und effektivere Gestaltung des sozialen Systems zu stärken und die Investitions- und Wachstumskräfte durch einen Abbau übertriebener staatlicher Vorschriften zu fördern. Bei solchen Weichenstellungen würden die hohen Realzinsen viel von ihrer bremsenden Wirkung verlieren; letztlich würden sie durch eine solche Politik auch gesenkt, da sich Investitions- und Anlagerisiken vermindern.

An Ausgabenkürzungen und Umstrukturierungen wären vor allem zu nennen

— Kürzungen von Subventionen, beispielsweise an die Landwirtschaft und den Kohlenbergbau; die diskutierten zusätzlichen Hilfen für Werften und

Stahlindustrie sollten unterbleiben; die gegenwärtig gewährten Subventionen sollten stärker zur notwendigen Anpassung eingesetzt werden.

- Keine Verlängerung der befristeten und eine allmähliche Einschränkung der anderen Maßnahmen zur Wohnungsbauförderung.
- Abbau der Förderung der Geldvermögensbildung.
- Einschränkung und Umbau von Sozialleistungen, zum Beispiel Nettoanpassung oder Besteuerung der Renten, Abbau von Überversorgung im öffentlichen Dienst, Ausbau der Selbstbeteiligung in der Sozialversicherung, speziell in der gesetzlichen Krankenversicherung.
- Umstrukturierung der staatlichen Ausgaben zugunsten jener öffentlichen Investitionen, die die Rentabilität privater Investitionen erhöhen.

Als Steuer- und Abgabenerleichterung wären vordringlich

- Schrittweiser Abbau der Gewerbe- und Vermögensteuer.
- Senkung der Lohn- und Einkommensteuer, zumindest Ausgleich der inflationsbedingten Mehrbelastung, möglichst nicht später als 1985.
- Rücknahme der beschlossenen Erhöhungen der Beitragssätze und Verzicht auf eine Erweiterung der Bemessungsgrundlage in der Sozialversicherung; Senkung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung, Vermeidung von Erhöhungen der Beitragssätze zur Rentenversicherung in den achtziger Jahren, zumal danach aus demographischen Gründen eine Erhöhung unumgänglich erscheint.

Für den Abbau von Regulierungen stünden an

- Am Arbeitsmarkt: weniger kostspielige Sozialpläne, Aufhebung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen in Fällen akuter Gefährdung von Arbeitsplätzen.
- Am Kapitalmarkt: Erleichterung des Zugangs zum Kapitalmarkt, nicht zuletzt der Emission von Aktien.
- Einschränkung staatlicher Monopole, vor allem zur leichteren Durchsetzung von modernen Technologien.
- Erleichterungen des Marktzugangs, vor allem im Dienstleistungsbereich, wo besonders viele Hemmnisse bestehen.
- Vereinfachung von Bauvorschriften.

Der Staat wird seiner wirtschaftspolitischen Aufgabe freilich nur dann gerecht, wenn er neben den genannten Weichenstellungen seinen Teil zur Verstärkung der Wirtschaftsentwicklung dadurch beiträgt, daß er Veränderungen von Einnahmen und Ausgaben nicht abrupt und nicht unangekündigt durchführt.

Das Kurzhalten oder Kürzen von staatlichen Ausgaben bedeutet bei den Betroffenen einen Ausfall an Einnahmen und Einkommen und damit für sich genommen ein Dämpfen des Nachfrageanstiegs. Dem steht aber eine Zunahme an Aktivität bei jenen gegenüber, die aufgrund der dadurch möglichen Entlastungen bei Steuern und anderen Abgaben, aber auch bei Zinsen begünstigt sind. Ob eine solche Umorientierung innerhalb eines Rahmens für den Ausgabenanstieg von höchstens 3 vH im Durchschnitt der nächsten Jahre — wie ihn die Bundesregierung plant — möglich ist oder ob er größer sein müßte oder sogar kleiner sein könnte, hängt davon ab, wie entschieden diese Politik in allen ihren Teilen umgesetzt wird. Das Ziel, auf mittlere Sicht das staatliche Finanzierungsdefizit erheblich zu reduzieren, wird nur erreicht werden, wenn die Wirtschaftspolitik jenen ordnungs- und ablaufpolitischen Erfordernissen entspricht, die hier skizziert wurden. Wenn dabei kurzfristig noch relativ hohe Defizite entstehen sollten, so wäre das in Kauf zu nehmen. Bestimmte Defizitziele für einzelne Jahre dürfen also nicht im Vordergrund stehen.

Die *Lohnabschlüsse* sind angesichts der schlechten Arbeitsmarktlage und nachlassender Inflationsraten niedriger ausgefallen als im Vorjahr. Sie sehen jedoch keine Differenzierung vor, die der unterschiedlichen Gefährdung der Arbeitsplätze Rechnung trägt. Dies ist ein bedeutendes Hindernis für den dringend notwendigen Abbau der Arbeitslosigkeit.

Zweifellos ist ein Teil der Verschlechterung der Arbeitsmarktlage der Rezession zuzurechnen. Die Vergrößerung der Arbeitslosigkeit von Zyklus zu Zyklus ist jedoch vor allem darauf zurückzuführen, daß hohe Lohn- und Lohnnebenkosten viele Unternehmen dazu veranlaßten, Arbeitskräfte durch Kapital zu ersetzen. Bei niedrigeren Arbeitskosten bestehen mehr Beschäftigungsmöglichkeiten. Die starke Zunahme des Lohnkostendrucks ist vor allem darauf zurückzuführen, daß bei den Lohnabschlüssen weder der Effekt höherer Verbrauchs- und Mehrwertsteuersätze auf den Preisanstieg noch die Erhöhung der Lohnnebenkosten — nicht zuletzt durch höhere Beiträge zur Sozialversicherung — angemessen berücksichtigt worden sind. Zudem wurde nicht genügend in Rechnung gestellt, daß der Verteilungsspielraum durch höhere Öl- und Rohstoffpreise eingeengt wurde. Vielen Unternehmen ist es zwar gelungen, den daraus resultierenden Kostendruck durch verstärkte Rationalisierung zu vermindern, doch ging dies zu Lasten der Beschäftigung.

Zur Korrektur dieser Fehlentwicklung reicht eine kurzzeitige Lohnzurückhaltung nicht aus. Vielmehr ist es notwendig, den Tariflohnanstieg über mehrere Jahre niedrig zu halten. Damit würde auch Spielraum für höhere effektive Entlohnung dort geschaffen, wo es die Knappheitsverhältnisse erfordern.

Als ein wichtiges Mittel zur Verringerung der Arbeitslosigkeit wird gegenwärtig die Verkürzung der Arbeitszeit diskutiert. Vorrang sollten indes nicht defensive Maßnahmen haben, sondern solche, die das Wachstum stärken. Ob die Arbeitszeitverkürzung überhaupt die angestrebte Wirkung haben kann, hängt entscheidend von der Ausgestaltung ab. Ist die Verkürzung für den einzelnen nicht freiwillig, sondern wird sie ihm durch staatliche Verordnungen oder auch durch tarifliche Vereinbarungen auferlegt, dann ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß jene, die länger arbeiten oder ihre Einkommen steigern wollen, einen Ausgleich in der Schattenwirtschaft suchen. Steigert zudem die Arbeitszeitverkürzung die Kosten für die Unternehmen, dann gehen Arbeitsplätze durch Rationalisierung, Betriebsverkleinerung oder -aufgabe verloren: Eine solche Arbeitszeitverkürzung würde zum Anstoß für weitere Verluste von Arbeitsplätzen.

Wird die Arbeitszeit dagegen aufgrund freiwilliger Vereinbarung verkürzt, zum Beispiel durch betriebliche Regelungen, und werden hierbei Kostenerhöhungen vermieden, so vermag dies dazu beizutragen, das Problem der Arbeitslosigkeit etwas zu entschärfen. Zudem käme dies wahrscheinlich den Wünschen zahlreicher Arbeitnehmer und Unternehmer entgegen.

Alle diese Überlegungen gelten auch für ein früheres Ausscheiden aus dem Erwerbsleben; in diesem Falle kommt indes hinzu, daß Belastungen der Sozialversicherungssysteme vermieden werden müssen.

Die *geldpolitische Lockerung* seit dem Herbst 1982 und umfangreiche Devisenmarktinterventionen haben dazu geführt, daß sich die monetäre Expansion deutlich beschleunigt hat. Die Zentralbankgeldmenge, die 1982 mit einer Rate gestiegen war, die etwa dem Wachstum des Produktionspotentials einschließlich des kurzfristig schwer vermeidbaren Preisanstiegs entsprach, liegt seit Februar 1983 erheblich über dem oberen Rand des Zieltrichters. Gleichwohl hat die Bundesbank die Leitzinsen im März nochmals um einen Prozentpunkt gesenkt. Sie wollte damit die konjunkturellen Aufschwungskräfte unterstützen und die Funktionsfähigkeit des Europäischen Währungssystems sichern. Sie fühlte sich dazu durch die Fortschritte bei der Stabilisierung des Preisniveaus berechtigt, räumte aber ein, bis an die Grenze des derzeit Möglichen gegangen zu sein.

Zwar wird sich mit dem Rückfluß des größten Teils der zugeflossenen Devisen, der nach der Neuordnung der Wechselkurse im Währungssystem einsetzte, die Ausweitung der Geldbestände wahrscheinlich abschwächen. Angesichts der zu Jahresanfang starken monetären Expansion und der Senkung der Leitzinsen im März bestehen jedoch Zweifel, ob die Zentralbankgeldmenge im Laufe des Jahres von selbst in den Zielkorridor zurückfindet.

Um nicht den Eindruck zu erwecken, die Geldpolitik habe den verstetigenden potentialorientierten Kurs zugunsten einer auf Konjunkturanregung ausgerichteten Politik aufgegeben, sollte sich die Bundesbank notfalls nicht scheuen, die monetäre Expansion mit Mitteln der Offenmarktpolitik zu dämpfen, selbst wenn dabei die Geldmarktzinsen vorübergehend stiegen. Auch eine zeitweise Heraufsetzung des Lombard- oder Diskontsatzes darf nicht ausgeschlossen werden. Ohnehin wäre eine flexiblere Ausgestaltung des Instruments der Refinanzierungssätze angezeigt, um die Signalwirkung diskretionärer Änderungen zu vermeiden. Läge die Geldmenge längere Zeit über dem potentialorientierten Pfad, würden Inflationserwartungen geweckt, die die monetären Impulse mehr und mehr in einer Beschleunigung der Inflation verpuffen ließen. Die Zinsen würden dann steigen — und zwar nicht nur vorübergehend —, Nachfrage und Produktion erlitten einen Rückschlag, zumal die Geldpolitik bei einer Beschleunigung der Geldentwertung erfahrungsgemäß einen restriktiven Kurs einschlagen würde.

Die Begründung, die Zinssenkung im März sei notwendig gewesen, um die Funktionsfähigkeit des Europäischen Währungssystems zu sichern, vermag nicht zu überzeugen. Es war nicht zu erwarten, daß mit der Senkung der Leitzinsen die Wechselkursänderungserwartungen, die letztlich Ausdruck mittelfristig divergierender Wirtschaftspolitiken waren, hätten gebrochen werden können. In einer solchen Lage läßt sich ein Wechselkursverbund nur durch Neuordnung der Leitkurse sichern. Daß sie nicht rasch genug vollzogen wurde, ist der Politisierung wechselkurspolitischer Entscheidungen zuzuschreiben. Dies läßt befürchten, daß man auch in Zukunft Anpassungen, selbst wenn sie von den Beteiligten als notwendig erkannt sind, so lange hinauszögert, bis sie von Spekulationswellen erzwungen werden. Dadurch wird jedoch eine stetige und potentialorientierte Geldpolitik stark behindert; deshalb ist eine Systemkorrektur, die den Wechselkursen im Europäischen Währungssystem einen größeren Bewegungsraum verschafft, unverzichtbar.

Ebenso ist der Ansicht zu widersprechen, Fortschritte bei der Eindämmung des Preisauftriebs berechtigten zu einer verstärkten Geldausweitung. Auch dann, wenn sich der Preisauftrieb stärker abschwächt, als die Bundesbank bei der Bemessung ihres Geldmengenziels angenommen hat, sollte die Geldmenge wie angestrebt ausgeweitet werden, weil dann ohnehin ein größerer Teil der Geldbestände zur Finanzierung realer wirtschaftlicher Aktivität zur Verfügung steht. Wird dagegen die Geldausweitung deshalb höher angesetzt, so werden die unter hohen gesamtwirtschaftlichen Kosten erzielten Stabilisierungserfolge wieder gefährdet.

Alles in allem sind die Bedingungen für einen sich selbst tragenden Aufschwung, in dem die Beschäftigung nachhaltig steigt, noch nicht erfüllt. Werden die wirtschaftspolitischen Weichen nicht entschiedener als bisher gestellt, wird man befürchten müssen, daß die wirtschaftliche Erholung schon im nächsten Jahr wieder ins Stocken gerät.

* * *

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin (DIW), vertritt die folgende Konzeption für die Wirtschaftspolitik:

Die konjunkturelle Erholung, die für dieses Jahr zu erwarten ist, ergibt sich zum Teil aus der expansiveren Geldpolitik. Sie wird gestützt von speziellen Maßnahmen, wie der Investitionszulage und der starken Förderung des Wohnungsbaus. Diese Maßnahmen sind in ihrer Wirkung mehr oder weniger kurzlebig. Daneben spielt die Deckung aufgeschobenen Bedarfs bei den privaten Haushalten eine Rolle. Die Auslandsnachfrage bleibt dabei aber labil. Auf eine Stärkung der Binnenkonjunktur durch eine kräftige Zunahme des Exports kann nicht gesetzt werden. Ob aus der Erholung ein Aufschwung werden kann, hängt entscheidend von der weiteren Entwicklung der Inlandsnachfrage ab. Hier gibt es Gestaltungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten von Seiten der Wirtschaftspolitik; gefordert ist ein harmonisches Zusammenwirken von Geld-, Finanz- und Lohnpolitik bei gleichzeitiger Aktivierung der marktwirtschaftlichen Kräfte.

Die Geldpolitik sollte, wie es auch die übrigen Institute empfehlen, bemüht sein, die Zentralbankgeldmenge noch im Laufe dieses Jahres in den Zielkorridor zurückzuführen. In der Tat wäre ein Wiedererwachen von Inflationserwartungen schädlich für dauerhaftes Wachstum und die erforderliche deutliche Reduzierung der Arbeitslosigkeit.

Die Finanzpolitik hat die Konsolidierung der Staatsfinanzen, das heißt die Verminderung der laufenden Defizite, eindeutig in den Vordergrund gestellt. In der mittelfristigen Finanzplanung kommt dies noch stärker als in den Planungsdaten dieses Jahres zum Ausdruck: Der Anstieg der Staatsausgaben soll Jahr für Jahr erheblich hinter der Zunahme des nominalen Bruttosozialprodukts zurückbleiben; die Ausgaben des Bundes sollen z.B. nur um allenfalls 3 vH jährlich zunehmen, für das nominale Sozialprodukt wird ein Anstieg von jährlich über 6 vH vorausgesetzt. Die Planer sind offensichtlich der Auffassung, daß dieser Kurs mit Sicherheit zur Konsolidierung führt. Dabei wird die Konsolidierung als ein Zwischenziel betrachtet, dessen Erreichung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, des deklarierten Hauptziels, unabdingbar ist.

Im laufenden Jahre können die konjunkturell restriktiven Wirkungen, die von einer derartigen Haus-

haltspolitik ausgehen, durch die erwähnten punktuellen Ankurbelungsmaßnahmen überkompensiert werden; nicht zuletzt deshalb ergibt sich nach der vorstehenden Prognose ein leichtes Wachstum des realen Bruttosozialprodukts im Jahre 1983. Ob dieser finanzpolitische Kurs mittelfristig die erhofften Erfolge bei der Konsolidierung bringen wird, ist indes mehr als fraglich. Schon wegen des hohen Anteils der Staatsausgaben am Sozialprodukt bleiben Einschränkungen der Staatsnachfrage nicht ohne Rückwirkungen auf die Gesamtnachfrage und damit auf die konjunkturelle Entwicklung. Wie groß diese negativen Rückwirkungen sind, hängt sicherlich davon ab, welche Ausgabepositionen kurz gehalten werden. Grundsätzlich dürfte es aber um so schwerer fallen, die deklarierte Umstrukturierung der Ausgaben in wachstumsfördernder Richtung zu realisieren, je enger der Ausgabenspielraum gesetzt wird. Wahrscheinlich werden dann, entgegen den erklärten Zielen, auch bei den öffentlichen Investitionen immer wieder neue Abstriche hingenommen werden müssen.

Allgemein kann gesagt werden, daß eine Ausgabenplanung mit Zuwachsraten, die weit hinter dem — vorausgesetzten — Zuwachs des nominalen Sozialprodukts zurückbleiben, das hohe Risiko in sich birgt, daß es gar nicht zu dem postulierten Zuwachs des Sozialprodukts kommt. Dieses Risiko ist zu hoch; es darf im Interesse eines längerfristigen realen Wirtschaftswachstums nicht eingegangen werden. Diese Forderung steht sinnvollen und aus übergeordneten Gründen notwendigen Straffungen der staatlichen Ausgaben keineswegs entgegen. Zu denken ist an obsoleete Subventionen oder die allzu schnelle Bereitschaft, neue Subventionen zu bewilligen, aber auch an überzogene Versorgungsleistungen sowie an Korrekturen in der Rentenentwicklung.

Bei den Bemühungen um Konsolidierung der Staatsfinanzen dürfen aber auch Steuer- oder Abgabenerhöhungen kein Tabu sein. Bei derartigen Vorschlägen stehen die Steuern vom Einkommen wie auch die Mehrwertsteuer zu sehr im Vordergrund. [Kaum jemals wird z.B. daran gedacht, daß die Kraftfahrzeugsteuer nun schon jahrzehntelang nominal gleichgeblieben ist, real also nur einen Bruchteil der Belastung der Kraftfahrzeughaltung in den fünfziger Jahren darstellt. Eine Erhöhung würde es den Ländern erlauben, die Finanzaufweisungen an die Gemeinden aufzustocken und zur Überwindung der Investitionsschwäche beizutragen.]

Zu welchen unerwünschten Konsequenzen Tabus führen, zeigt sich in diesem Jahr bei den vorgesehenen Maßnahmen zur Steigerung der Einnahmen in der Rentenversicherung. Weil man eine entsprechende Erhöhung des Beitragssatzes scheut, sollen Einkommensbestandteile, die beitragsfrei sind, beitragspflichtig gemacht werden. Dies führt zu zusätzlichen

Rentenansprüchen der Versicherten in einer Zeit, in der die Anspannung der Rentenfinanzen voraussichtlich noch größer sein wird als gegenwärtig.

Für die Lohnpolitik wird vielfach mit Blick auf die Kostenentwicklung der Unternehmen von Jahr zu Jahr mehr Zurückhaltung gefordert. Die Tarifabschlüsse sind dieser Forderung gefolgt, doch die als Effekt versprochenen Verbesserungen der Beschäftigungssituation sind ausgeblieben. Die Gründe dafür lagen gewiß nicht in einer lohnkostenbedingten Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen gegenüber ausländischen Anbietern. Verkannt wird bei einer einseitigen Beurteilung des Lohnniveaus und der Lohnentwicklung der Zusammenhang, der auch zwischen Löhnen und Staatsfinanzen besteht. Die Schwierigkeiten bei der Finanzierung der Sozialversicherung ergeben sich z.B. auch daraus, daß die Lohnsätze weit weniger stark erhöht worden sind, als in den mittelfristigen Planungen der Versicherungsträger vorausgesetzt wurde. Deshalb wird versucht, die Mindereinnahmen durch Manipulationen an der Bemessungsgrundlage und schließlich doch durch die Erhöhung der Beitragssätze auszugleichen. Übersehen wird, daß die Belastungen, die damit auch für die Unternehmen verbunden sind, einen nicht geringen Teil der eingesparten Lohnzahlungen kom-

pensieren. Die fiskalpolitische Notwendigkeit, Mehrwertsteuersätze zu erhöhen oder eine befristete „Zwangsanleihe“ einzuführen, wurzelt zum Teil in der gleichen Basis.

Es zeigt sich: Wenn die Steigerungen der Löhne und der Staatsausgaben wechselseitig immer niedriger werden, entsteht neuer Konsolidierungsbedarf, und zwar nicht nur beim Staat, sondern — über die gesamtwirtschaftlichen Kreislaufwirkungen — auch bei den Unternehmen. Die übergeordneten Ziele, die im Stabilitätsgesetz festgelegt worden sind, werden verfehlt, und nicht einmal die Zwischenziele werden erreicht. Was vielmehr entsteht, ist ein ständiger Druck auf die gesamtwirtschaftliche Aktivität.

Finanz- und Lohnpolitik sollten daher harmonisiert werden und mittelfristig gemeinsam auf einen Versteigerungspfad einschwenken, bei dem der Anstieg aber größer sein müßte als gegenwärtig angestrebt. Für die Lohnentwicklung ist dabei eine größere Differenzierung durchaus wünschenswert: Es ist nur schwer zu verstehen, daß für die Beschäftigten beim Staat, der sich in großen Finanzierungsschwierigkeiten befindet, die Notwendigkeit einer unterdurchschnittlichen Lohnsteigerung leichter eingesehen wird als für die Beschäftigten in Unternehmensbereichen mit gravierenden Finanzproblemen.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für das Jahr 1983

	1981 ¹⁾	1982 ¹⁾	1983 ²⁾	1982		1983	
	Jahre			1. Hj. ¹⁾	2. Hj. ¹⁾	1. Hj. ²⁾	2. Hj. ²⁾

1. Entstehung des Sozialprodukts Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	-0,7	-1,8	-1,5	-1,7	-1,8	-1,5	-1,5
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	-1,1	-0,6	-0,5	-0,4	-0,8	-0,5	0
Arbeitsstage 3)	-0,1	0,2	0	0,3	0,1	0,5	-0,5
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	-1,9	-2,2	-2	-1,8	-2,5	-2	-2
Produktivität 4)	2,0	1,2	2,5	1,8	0,7	1,5	3,5
Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1976	0,1	-1,0	0,5	0	-1,8	-0,5	1,5

2. Verwendung des Sozialprodukts zu jeweiligen Preisen

a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	874,1	899,2	928	434,9	464,4	446	482,5
Staatsverbrauch	319,8	330,3	340	154,1	176,3	159	181
Anlageinvestitionen	339,3	328,6	344	152,8	175,8	157	187
Ausrüstungen	128,8	124,8	129,5	59,3	65,6	59	70,5
Bauten	210,5	203,7	214,5	93,5	110,2	98	116,5
Vorratsveränderung	-1,4	5,4	6	6,7	-1,3	4	2
Außenbeitrag	11,4	36,5	43,5	14,6	21,9	20	23,5
Ausfuhr	496,1	535,0	549,5	265,4	269,7	267	282,5
Einfuhr	484,7	498,5	506	250,8	247,7	247	259
Bruttosozialprodukt	1 543,1	1 600,0	1 661,5	763,0	837,0	785,5	876

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	4,7	2,9	3	3,7	2,1	2,5	4
Staatsverbrauch	7,2	3,3	3	3,3	3,3	3	2,5
Anlageinvestitionen	0,4	-3,2	4,5	-4,0	-2,4	3	6,5
Ausrüstungen	0,7	-3,0	4	-2,7	-3,3	-0,5	7,5
Bauten	0,2	-3,2	5,5	-4,8	-1,9	5	5,5
Ausfuhr	15,0	7,9	2,5	14,6	2,0	0,5	4,5
Einfuhr	11,2	2,9	1,5	7,3	-1,3	-1,5	4,5
Bruttosozialprodukt	4,0	3,7	4,0	4,4	3,1	3	4,5

3. Verwendung des Sozialprodukts zu Preisen von 1976

a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	704,0	688,1	688,5	336,5	351,6	333,5	354,5
Staatsverbrauch	253,0	252,7	252,5	124,7	128,0	124,5	128
Anlageinvestitionen	261,9	247,3	252,5	115,4	131,9	116,5	136
Ausrüstungen	109,6	101,8	103	48,7	53,1	47	55,5
Bauten	152,3	145,5	149,5	66,8	78,7	69	80,5
Vorratsveränderung	-1,1	4,1	6	6,0	-1,9	4	2
Außenbeitrag	44,1	56,5	55	26,2	30,3	26,5	29
Ausfuhr	405,6	419,7	420,5	209,8	209,9	206,5	214
Einfuhr	361,5	363,2	365,5	183,6	179,6	180	185,5
Bruttosozialprodukt	1 261,9	1 248,6	1 254,5	608,8	639,8	605	649,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	-1,2	-2,3	0	-1,7	-2,8	-1	1
Staatsverbrauch	2,0	-0,1	0	0	-0,3	0	0
Anlageinvestitionen	-3,8	-5,6	2	-6,9	-4,5	1	3
Ausrüstungen	-3,4	-7,2	1	-7,0	-7,3	-3	4,5
Bauten	-4,2	-4,5	3	-6,7	-2,5	3,5	2
Ausfuhr	8,5	3,5	0	9,0	-1,6	-1,5	2
Einfuhr	1,2	0,5	0,5	3,0	-2,0	-2	3
Bruttosozialprodukt	-0,2	-1,1	0,5	-0,3	-1,8	-0,5	1,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1981 ¹⁾	1982 ¹⁾	1983 ²⁾	1982		1983	
	Jahre			1. Hj. ¹⁾	2. Hj. ¹⁾	1. Hj. ²⁾	2. Hj. ²⁾

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1976 = 100)
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	6,1	5,2	3	5,6	5,0	3,5	3
Staatsverbrauch	5,1	3,4	3	3,2	3,6	3	2,5
Anlageinvestitionen	4,4	2,6	2,5	3,1	2,1	2	3
Ausrüstungen	4,2	4,5	3	4,7	4,3	3	3
Bauten	4,5	1,3	2,5	2,1	0,6	1,5	3,5
Ausfuhr	6,0	4,3	2,5	5,2	3,5	2,5	2,5
Einfuhr	9,9	2,4	1	4,2	0,7	0,5	1
Bruttosozialprodukt	4,2	4,7	3,5	4,7	4,9	3,5	3

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	881,2	901,4	918,5	427,5	473,9	434,5	484
Bruttolohn- und -gehaltsumme	717,2	732,6	745	346,7	385,9	352	393
Nettolohn- und -gehaltsumme	503,5	508,6	509,5	243,0	265,6	243,5	266
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	304,7	325,2	349,5	152,0	173,2	158,5	190,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	246,4	266,3	289,5	124,1	142,2	130,5	159,5
Entn. Gewinne u. Vermögenseink. 5)	255,7	265,8	275,5	134,0	131,8	133	142,5
Nichtentnommene Gewinne	-9,2	0,5	14	-9,9	10,4	-3	17
Volkseinkommen	1 185,9	1 226,6	1 267,5	579,5	647,1	593	674,5
Abschreibungen	188,0	200,5	212	99,1	101,4	104,5	107,5
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	169,2	172,9	182	84,4	88,5	88	94
Bruttosozialprodukt	1 543,1	1 600,0	1 661,5	763,0	837,0	785,5	876

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	4,7	2,3	2	2,8	1,9	1,5	2
Bruttolohn- und -gehaltsumme	4,3	2,1	1,5	2,6	1,8	1,5	2
Nettolohn- und -gehaltsumme	3,8	1,0	0	1,4	0,7	0	0
nachrichtlich:							
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	4,8	4,1	3,5	4,4	3,7	3,5	3,5
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	4,3	2,9	2	3,2	2,7	2	1,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	-0,5	6,7	7,5	7,0	6,5	4,5	10
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	0,8	8,1	9	9,5	6,8	5	12
Entn. Gewinne u. Vermögenseink. 5)	7,0	4,0	3,5	12,2	-3,3	-0,5	8
Volkseinkommen	3,3	3,4	3,5	3,8	3,1	2,5	4,5
Abschreibungen	8,5	6,6	6	7,3	5,9	5,5	6
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	3,8	2,2	5,5	4,6	0,1	4,5	6
Bruttosozialprodukt	4,0	3,7	4,0	4,4	3,1	3	4,5

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte

a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	503,5	508,6	509,5	243,0	265,6	243,5	266
Empfangene laufende Übertragungen 6)	268,7	282,5	292	139,8	142,6	143,5	148,5
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen	288,1	299,4	316	147,7	151,7	150,5	165,5
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	17,7	19,2	19,5	9,5	9,7	9,5	10
Geleistete laufende Übertragungen 7)	31,2	32,0	33,5	14,6	17,4	15	18,5
Verfügbares Einkommen	1 011,5	1 039,2	1 064,5	506,5	532,8	513	551,5
Privater Verbrauch	874,1	899,2	928	434,9	464,4	446	482,5
Ersparnis	137,4	140,0	136	71,6	68,4	67	69
Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (Sparquote)	13,6	13,5	13	14,1	12,8	13	12,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1981 ¹⁾	1982 ¹⁾	1983 ²⁾	1982		1983	
	Jahre			1. Hj. ¹⁾	2. Hj. ¹⁾	1. Hj. ²⁾	2. Hj. ²⁾

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltssumme	3,8	1,0	0	1,4	0,7	0	0
Empfangene laufende Übertragungen 6)	7,4	5,1	3,5	5,1	5,2	2,5	4
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen	8,6	3,9	5,5	8,2	0	2	9
Verfügbares Einkommen	5,6	2,7	2,5	4,0	1,6	1,5	3,5
Privater Verbrauch	4,7	2,9	3	3,7	2,1	2,5	4
Ersparnis	11,6	1,9	-3	5,4	-1,5	-6	0,5

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁸⁾

a) Mrd. DM

Einnahmen							
Steuern	386,4	394,6	412	185,1	209,5	193	219
Sozialbeiträge	267,2	282,4	292	135,9	146,5	139,5	152,5
Erwerbseinkünfte	20,6	29,8	30,5	19,9	9,9	20,5	10
Sonstige laufende Übertragungen	15,7	16,1	16,5	7,8	8,3	8	8,5
Empfangene Vermögensübertragungen	7,0	6,1	6	2,6	3,4	2,5	3,5
Einnahmen insgesamt	696,8	729,0	757	351,3	377,7	363,5	393,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	319,8	330,3	340	154,1	176,3	159	181
Zinsen	35,4	44,2	51,5	24,2	20,0	28,5	23
Laufende Übertragungen an	329,7	348,3	358	171,4	176,9	175,5	182,5
Private Haushalte	273,5	291,3	300	144,8	146,4	148	151,5
Unternehmen	32,6	32,2	32,5	13,8	18,4	14,5	18
Ausland	23,6	24,8	26	12,7	12,1	13	13
Geleistete Vermögensübertragungen	31,7	31,9	34,5	13,1	18,7	14	20,5
Nettoinvestitionen	42,7	37,5	36	15,8	21,7	15	21
Ausgaben insgesamt	759,2	792,1	819,5	378,6	413,6	391,5	428
Finanzierungssaldo	-62,4	-63,1	-62,5	-27,3	-35,8	-28	-34,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	1,4	2,1	4,5	2,1	2,2	4	4,5
Sozialbeiträge	8,1	5,7	3,5	6,7	4,8	3	4
Erwerbseinkünfte	25,4	44,8	2,5	87,4	-0,7	2,5	2
Sonstige laufende Übertragungen	-1,8	2,7	3	-4,2	10,2	3	3
Empfangene Vermögensübertragungen	-3,3	-13,0	-1,5	-15,6	-10,9	-2	-1
Einnahmen insgesamt	4,3	4,6	4	6,3	3,1	3,5	4,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	7,2	3,3	3	3,3	3,3	3	2,5
Zinsen	23,0	24,8	16,5	24,8	24,8	17	16
Laufende Übertragungen an	7,1	5,6	3	4,7	6,6	2,5	3
Private Haushalte	8,4	6,5	3	6,7	6,3	2,5	3,5
Unternehmen	-3,4	-1,0	0,5	-9,9	6,8	4	-2
Ausland	8,3	5,0	4,5	1,9	9,5	3	6
Geleistete Vermögensübertragungen	-6,0	0,6	8,5	-0,1	1,1	6	10
Nettoinvestitionen	-7,8	-12,2	-4,5	-16,7	-8,6	-5,5	-4
Ausgaben insgesamt	6,2	4,3	3,5	3,9	4,7	3,5	3,5

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1983, S. 173 f.) sowie eigene Berechnungen der Arbeitszeit und der Produktivität - Abweichungen in den Summen durch Rundung der Angaben in Mrd. DM bedingt. - 2) Vorausschätzungen der beteiligten Institute - Angaben gerundet. - 3) Veränderung der Zahl der Arbeitstage nur zur Hälfte berücksichtigt. - 4) Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1976 je Erwerbstätigenstunde. - 5) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden. - 6) Soziale Leistungen abzüglich der Lohnsteuer auf Pensionen und der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen. - 7) Nichtzurechenbare Steuern, Sozialversicherungsbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u. ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. - 8) Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung.

– Die nächste Nummer des Wochenberichts erscheint am 19. Mai 1983 –

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 – Telefax (0 30) 82 99 12 00

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl,
Dr. Horst Seidler, Prof. Dr. Reiner Stäglin (kommissarisch), Dr. Wolfgang Watter, Hans-Joachim Ziesing (kommissarisch)

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,-, vierteljährlich DM 30,-, Einzelnummer DM 4,-.
Zuzüglich Versandkosten.